Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlag-stelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 1. August 1931

35. Jahrgang — Nummer 31

Der Kulturkampf der Gewerkschaften

Die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft werden erst spätere Geschlechter voll zu würdigen wissen. Die heutige Zeit mit ihren schweren wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen läßt nicht Muße, nachdenkliche Betrachtungen über den Werdegang einer Bewegung anzustellen, die sich die Verbesserung der Lebenslage der breiten Schichten des Volkes zur Aufgabe gemacht hat. Der Tageskampf, der um Arbeitsbeschaffung, um Lohn und Brot für Millionen, die Not leiden, geführt wird, erschöpft die Kräfte, die sich mutig dem sozialen Rückschritt entgegenstemmen. Zu stark wird das Denken beherrscht von den täglichen Ereignissen, zu sehr lastet auf jedem einzelnen die Bürde des Existenzkampfes. Die Sicherheit ist uns genommen, wir schwanken und wanken, weil die Zukunft zu wenig verspricht.

Aber es wäre verkehrt, die Hände in den Schoß zu legen oder sich resignierend zurückzuziehen, weil das tägliche Ringen keine sichtbaren Erfolge zeitigt. Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung lehrt uns, daß Hemmungen und Rückschläge oft den Aufstieg hinderten und Krisenzeiten stets zu Auseinandersetzungen über die einzuschlagende Taktik geführt haben. Naturgemäß walten in solchen Zeiten die Gefühlsregungen über die kühl abwägende Vernunft, und es ist wohl keiner unter uns, dessen ganzer innerer Stolz sich nicht gegen die der Arbeiterschaft zugemuteten Verschlechterung ihrer Lebenslage aufbäumt. Wir wollen nicht wieder zurück in die Zeit der rücksichtslosen Ausbeutung, auch wir wollen teilhaben an den Lebensgütern, von denen uns eine bisher bevorzugte kleine Schicht verdrängt hat. Die Erde ist für alle da, und jeder hat ein Recht, auf ihr zu leben. Wenn vor kurzem ein Hochschulprofessor öffentlich die Auffassung verfochten hat, der Arbeiter brauche nicht mehr zum Leben wie der Neandertalmensch, also Wurzeln, Beeren und Kräuter, so steigt uns darüber heiliger Zorn und Wut auf.

Die gegenwärtige Zeit konzentriert die Kräfte der Gewerkschaftsbewegung auf die Abwehr der Angriffe gegen ihre Position. Es wird manches dabei aufgegeben werden müssen, was mühselig in jahrelangem Ringen erreicht wurde. Jedem Mitkämpfer unserer Bewegung wird dies schmerzlich berühren, er wird es bitter empfinden, wenn er sich um irgendeinen erreichten Erfolg gebracht sieht. Es bedrückt ihn um so stärker, weil er weiß, wie schwer es ist, eine aufgegebene Position wieder zurückzuerobern. Trotzdem muß durchgehalten werden. Das Unternehmertum, das sich jetzt stark fühlt, nutzt die günstige Chance rücksichtslos aus, die Massenarbeitslosigkeit, die die Arbeiterschaft zermürbt und der Verzweiflung in die Arme treibt, bietet ihnen eine willkommene Gelegenheit.

Wir aber wollen nicht vergessen, daß die Gewerkschaftsbewegung neben dem täglichen Kampf um die Erhaltung des Lohnniveaus auch noch andere Aufgaben sich gestellt hat, für die sie kämpft und ringt. Sie will das Kulturniveau heben und der Arbeiterschaft einen Anteil daran sichern. Höher hinauf, heraus aus der dumpfen und stumpfen Fron des Alltags, menschenwürdiger soll die gesamte Arbeiterschaft leben. Den Kindern eine bessere Erziehung, der Frau ein schöneres Heim und dem Manne weniger Sorgen um das Auskommen.

Es ist kein Geringerer als Karl Legien, der der Gewerkschaftsbewegung diese geschichtliche Mission zugewiesen hat. 1892 schrieb er im „Sozialistischen Zentralblatt“:

„Gleich den Pionieren haben die Gewerkschaften den Boden zu ebnen für eine höhere geistige Auffassung und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Arbeiterklasse vor Verelendung und Versumpfung zu bewahren, um so die Massen der Arbeiter zu befähigen, die geschichtliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstand zufällt, lösen zu können.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind gleichsam als eine Schule der Arbeiter zu betrachten, und jede Stärkung der Organisation muß die erzieherische Wirksamkeit erhöhen. Der Lohnkampf aber erzeugt und stärkt die Eigenschaften, welche dem Arbeiter eigen sein müssen, um ihn zu befähigen, eine Umgestaltung des heutigen Produktionsprozesses herbeiführen zu können. So werden die Gewerkschaftsorganisationen, die anscheinend nur zu dem Zwecke gebildet worden sind, um dem Arbeiter bessere Existenzbedingungen zu schaffen, gleichzeitig zu einer Schule und Bildungsstätte des Proletariats.“

Erfolgversprechende Anfänge haben sich in dieser Richtung von 1927 bis 1930 gezeigt. Unter dem Druck der Gewerkschaften wurden die Löhne erhöht, und wenn auch in den Wintermonaten eine starke Arbeitslosigkeit vorhanden war, so ließ das Frühjahr aber wieder berechtigte Hoffnungen auf eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes aufkommen. Die von den Gewerkschaften vertretene Kaufkrafttheorie hat sich bewährt, unter ihrer Einwirkung belebte sich die Konjunktur, der Inlandsmarkt war verhältnismäßig aufnahmefähig. Viele Arbeiter haben leider in nörgelnder Kritiksucht die Zeit nicht zu nutzen verstanden.

Jetzt ist alles anders geworden. Die Wahlen vom 14. September 1930 haben Deutschland eine wirtschaftliche Katastrophe gebracht, die Arbeitslosigkeit ist sprunghaft angestiegen, der Lohnabbau rücksichtslos erpreßt. Verzweifeln wir nicht, sondern denken wir daran, daß die Gewerkschaftsbewegung neben der Magenfrage auch noch andere Fragen zu lösen hat. Auf arbeitsrechtlichem Gebiete, allgemeine Wirtschaftsfragen, Bildungs- und Kulturfragen aller Art, das weite Gebiet der Jugendpflege und die Berufspflege, die Verteidigung der sozialen Versicherungseinrichtungen usw. erfordern des Aufbauens und ihres Schutzes. Dadurch sind die Gewerkschaften zu einer Kulturbewegung geworden, daß sie bewußt ihren Kampf um die Hebung des gesamten Kulturniveaus der Arbeiterschaft führen. Sie sind, wie Legien sagt, eine Schule und Bildungsstätte für die Arbeiterschaft. An uns ist es, jetzt mehr denn je diese große Kulturaufgabe der Gewerkschaften zu betonen und die Zweifler aufzurichten, daß sie wieder Mut fassen. En.

Andere Wirtschaftsführung!

Die Vorgänge der letzten Monate in Deutschland, Oesterreich und anderen Ländern lassen mit aller Schärfe die Brüchigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervortreten. Man kann von einem Bankrott der privaten Wirtschaftsführung reden. Es war mode geworden über die öffentliche Wirtschaft die tollsten Verleumdungen in die Welt zu setzen. Jede Schwierigkeit einer gemeinnützigen Unternehmung wurde aufgebauscht, um zu zeigen, **daß das sogenannte marxistische System gründlich versagt habe. Obwohl der Marxismus mit dererlei Dingen gar nichts zu tun hat,** wurde er für alles verantwortlich gemacht. Dagegen wurde das selbstverantwortliche Unternehmertum, die Mission der sogenannten Wirtschaftsführer in den Himmel gehoben und über den grünen Klee gelobt. Die Zusammenbrüche der letzten Zeit haben gezeigt, daß der Kapitalismus alles andere als eine wünschenswerte Wirtschaftsordnung darstellen kann. Wir befinden uns gegenwärtig auf dem Schnittpunkt einer geschichtlichen Epoche, wo unter Bersten und Krachen, unter Opfern und Verlusten der Hochkapitalismus in eine neue Wirtschaftsordnung überzugehen sich anschickt.

Von den Zusammenbrüchen sind vor allen Dingen die bei der Norddeutschen Wollkämmerei und bei der Danatbank bemerkenswert. Der Zusammenbruch der österreichischen Credit-Anstalt hat das Vertrauen zur mitteleuropäischen Wirtschaft sehr erschüttert. Die Kreditentziehungen von Deutschland nahmen zu. Doch glaubte man nicht, daß ein Institut wie die Darmstädter und Nationalbank von diesem allgemeinen Mißtrauen so erfaßt würde, daß es seine Schalter schließen mußte. Der Zusammenbruch der Danatbank hat den Nimbus, der über die Großbanken im Volke verbreitet war, verwischt. Die Großbanken haben seit Jahrzehnten hindurch die erste Geige in der Wirtschaft gespielt. Das Volk ging an den protzigen Bankpalästen der Großstädte ehrfurchtsvoll vorüber. In diesen Monumentalbauten, wo nach Sombart „die Genesis der modernen Volkswirtschaft herrscht, begegnen sich die höchsten Würdenträger des Staates auf den Korridoren, aber sie haben in diesen Räumen nichts zu befehlen, in denen Könige antichambrieren, um sich den Entscheid über Leben und Sterben zu holen“. So war es einmal. Heute muß der Staat eingreifen, um derartige Institute vor dem vollständigen Verfall zu retten. In Oesterreich sowohl wie in Deutschland muß die Oeffentlichkeit mit ihrem Vermögen die kapitalistische Pleite auszugleichen versuchen. Der Danatbank ist die Schröder-Bank in Bremen gefolgt. Auch sie mußte die Schalter schließen, weil sie in Schwierigkeiten geraten war. Es mag als eine Tragik erscheinen, daß gerade diese beiden Bankinstitute zusammenbrechen, in denen noch so etwas wie ein verantwortlicher Unternehmergeist gewaltet hat. Die Zusammenbrüche dieser beiden Banken hängen sehr eng zusammen mit dem Bankrott des Nordwolle-Konzerns. Die Gebrüder Lahusen sitzen jetzt hinter Schloß und Riegel. Ihre Schuld scheint als erwiesen zu gelten. Diesen großen Stürzen in der Privatwirtschaft waren eine Reihe anderer vorangegangen. Wir erwähnen nur den Zusammenbruch des Frankfurter Versicherungskonzerns, der Hugenbergschen Ostbank für Handel und Gewerbe, um nur einige herauszugreifen.

Wir wollen uns über die Einzelheiten der kapitalistischen Mißwirtschaft nicht weiter verbreiten. Es genügt festzustellen, daß Institute ins Wanken geraten sind, deren Geschäftsführung das größte Vertrauen genoß. Das Bürgertum steht vor einem Rätsel. Wir, die niemals an die Gottähnlichkeit der großen Wirtschaftsführer geglaubt haben, sehen in diesen Dingen nichts Außergewöhnliches. Es obliegt uns aber, daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen. Eine Erscheinung gilt es zu beachten: Die staatliche Gewalt im Wirtschaftsleben tritt immer stärker in den Vordergrund. Wo ein Industrieunternehmen oder ein Bankhaus zu krachen beginnt, ruft man den Vater Staat. Die Allgemeinheit soll da helfend eingreifen, wo die Kunst der Privatwirtschaft versagt. Man nennt dies eine Sozialisierung der Pleite oder des Defizits.

Die Herren Wirtschaftsführer scheinen zu glauben, daß der Privatunternehmer den Rahm von den Wirtschaftsergebnissen abschöpfen soll und bei Pleiten die Allgemeinheit einzuspringen hat. Für eine solche Rolle muß sich der Staat bedanken.

Die Gewerkschaften haben auf diese Dinge schon früher hingewiesen und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Sie sind der Meinung, daß die kapitalistische Wirtschaft einer Korrektur bedarf. Es müssen Institutionen der Wirtschaftskontrolle und der Wirtschaftslenkung in das Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft eingebaut werden. Der Genosse Naphtali hat als Kenner dieses Stoffes kürzlich folgende Forderungen aufgestellt: Gründliche Reform des Aktienrechts, Verwirklichung einer Aktiengesetzreform, die geeignet ist, die Mißstände im deutschen Aktienwesen zu beseitigen. Damit muß eine Verschärfung der Verantwortlichkeit und der Regreßpflichten von Vorstand und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften verbunden sein. Die Reform des Aktienrechts soll weiter die Einführung der Pflichtrevisionen durch öffentliche Stellen gewährleisten. Ferner müssen die Publizitätsvorschriften bei den Aktiengesellschaften verschärft werden. Sie sind zu ergänzen durch die Verpflichtung der vollen Veröffentlichung aller Bezüge von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, die hohen Gehälter in der Privatwirtschaft kennen zu lernen. Zur Durchführung alles dessen ist eine Reichsinstanz notwendig, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist.

Weil gerade in der Großwirtschaft sich Mißstände erheblicher Art gezeigt haben, ist eine Kontrolle der Kartelle, Trusts und anderer monopolistischer Bindungen dringend vonnöten. Diese wurde bereits seit Jahren von den Gewerkschaften gefordert. Im Dezember 1930 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der nur verwirklicht zu werden braucht, um der Regierung die notwendige Handhabe zum Eingreifen in die Privatwirtschaft zu geben.

Die großen Institute, die das Finanzkapital kommandieren, haben sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Die eigentlichen Risikoträger der Großbanken sind nicht die Aktionäre oder die Geschäftsinhaber, sondern das Reich bzw. die Steuerzahler. Es ist nicht erwiesen, daß sich die Vorfälle bei der Danatbank oder bei der Schröder-Bank nicht wiederholen. Um derartige Manipulationen im Keim zu ersticken, muß eine Bankenaufsicht und eine Ueberwachung der Kapitallenkung als dringendstes Gebot der Stunde angesehen werden. Genau so wie die Privatversicherung durch ein Reichsaufsichtsamt überwacht wird, muß dies auch bei den Banken geschehen. Diese müssen in ihrer Geschäftsgebarung einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. In Verbindung mit der Reichsbank ist ein Apparat zu schaffen, der die Lenkung des Kapitalstromes überwacht und seinen Lauf nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt. Wird ein solches Aufsichtsamt geschaffen, dann ist die Allgemeinheit nicht nur dazu berufen für Pleiten einzustehen, sondern es können Schäden in der Fehlleitung des Kapitals von vornherein vermieden werden. Hätte etwas Aehnliches schon seit 1924 be-

Nie wieder Krieg!

Am 1. August 1914, also vor 17 Jahren, begann der Weltkrieg, dessen Auswirkungen auf die Lebensmöglichkeiten der Arbeiterschaft der Kulturwelt, in der Hauptsache der deutschen Arbeiter, wirtschaftlich noch nicht liquidiert sind. Nach 13jährigem Kriegsende spüren die deutschen Arbeiter heute noch immer den Krieg als notverordnete Stockprügel auf den Magen und auf die gesamte Sozialpolitik. Trotzdem sehen wir in Deutschland eine verkappte, aber blöde Kriegsspielerei rechtsgerichteter Bevölkerungsschichten, wobei irregeleitete Arbeiter sogar noch als Staffage dienen.

Wenn dieses Getue der abgetakelten, aber Riesenpensionen beziehenden Offiziere und der sonstigen Etappenkrieger auch ohnmächtig ist, hat es aber dennoch in weltwirtschaftlicher Hinsicht viel, sehr viel Unheil angerichtet, dessen Folgen wiederum die Arbeiterschaft am ersten und nachhaltigsten treffen. Die letzten Wochen haben uns das mit aller Deutlichkeit vordemonstriert. Wir haben deshalb mehr als alle anderen ein Recht, am heutigen Tage wieder an unsere alte heilige Forderung zu erinnern:

Alle Mordinstrumente sollen zertrümmert unter der aufblühenden segensreichen Arbeit des Friedens vergraben liegen. Für ewig verschwinden in Nacht und Finsternis. Denn wahre Arbeit kann nur im Frieden sich produktiv gestalten. Darum soll wie eine Sturmflut der Ruf sich über alle Länder wälzen:

Nie wieder Krieg!

(K. Weiher.)

Ein Soldat steht gelehnt an des Grabens Rand,
Späht scharf hinaus in das nachtdunkle Land.
Es naht der Morgen, es grünet der Tag.
Ob er den Frieden wohl bringen mag?

Im Sinnen vergißt er des Krieges Graus
Und denkt an die Eltern, die Lieben zu Haus.
Auch Millionen Brüder dazu.
Auch du und ich und ich und du.

Da schreckt ihn heis'rer Granaten Ton.
Wacht auf, Kameraden, sie kommen schon!
Dann rattert laut das Maschinengewehr,
Dort ruft es: „Handgranaten her!“

Da trifft es zerschmetternd den Grabenrand.
Fort ist das Gewehr mitsamt der Hand.
Sanitäter, Sanitäter! Verfluchter Mord!
Im tobenden Lärm erstirbt sein Wort.

Es krachen Granaten, krepieren Minen,
Verschüttend den Graben, zerreißend Faschinen.

Mutter, Vater, Vater, Mutter!
Gottverdammich! Kanonenfutter!
Verfluchte Hunde! — Verfluchter Krieg! —
Sein letztes Wort, und für immer er schwieg.
Drum, Menschen, erkennt eure Not,
Die Stunde ist ernst, hört ihr Gebot!
Rüste dich, Menschheit, zum großen Sieg,
Daß es Wahrheit werde:

Nie wieder Krieg!

standen, dann wäre die große Fehlrationalisierung und in ihrem Verlauf die Zusammenbrüche wahrscheinlich vermieden worden.

Der Verlauf der deutschen Wirtschaftsentwicklung muß also dahin gehen, die staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft in ein mustergültiges System zu bringen. Von unten nach oben muß eine systematische Durchführung der Wirtschaftskontrolle und der Wirtschaftsaufsicht erfolgen.

An die Stelle der Wirtschaftsautokratie muß die Wirtschaftsdemokratie treten. Die Gewerkschaften weisen hier den Weg, der beschritten werden kann, um solche Vertrauenskrisen, wie wir sie erleben konnten, und unter denen die Arbeiterschaft so sehr gelitten hat, für immer verhüten.

Die staatliche Gewalt wächst. Ihr Uebergreifen in die Sphäre der privaten Wirtschaft hat sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern als notwendig erwiesen. Selbst der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, hat durch ein ausgeklügeltes System der Statistik und der konjunkturellen Beobachtung ein Mittel gesucht, die Privatwirtschaft genau zu beobachten und nötigenfalls einzugreifen. Was in den letzten Wochen in Deutschland an staatlichen Eingriffen in die Befugnisse der Wirtschaft durch Notverordnungen usw. vorgenommen wurde, dürfte in der ganzen Welt einzig dastehen. Wir sehen aber nicht ein, daß dies nur geschehen soll, wenn es brennt! Warum nicht den Brand durch ähnliche Maßnahmen von vornherein verhüten? Staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben sollten nicht wahl- und ziellos erfolgen, sondern einem geregelten Plan gemäß vorgenommen werden. Dann wird das Vertrauen des In- und Auslandes zur deutschen Wirtschaft wiederkehren und solche schädigenden Folgen einer privaten Mißwirtschaft werden der Geschichte angehören.

Ein Moratorium der inneren Gegensätze?

Man liest und hört jetzt sehr oft das Wort Moratorium. Damit ist gemeint Stundung der Schulden, Hinausschiebung der Zahlungstermine usw. Jetzt verlangt die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände durch die von ihr herausgegebene Zeitschrift „Der Arbeitgeber" auch ein Moratorium der inneren Gegensätze. In dem Aufsatz heißt es u. a.: „Was wir in Deutschland bitter brauchen, ist ein Moratorium der inneren Gegensätze, getragen von der Erkenntnis des Notstandes, der uns alle angeht, und beseelt von jener Disziplin und Geduld, zu der das deutsche Volk wohl fähig ist, wenn die Führer all seiner Gruppen und Gemeinschaften ihm selbst das Beispiel ruhiger Nerven, männlichen Selbstvertrauens und nationaler Einigkeit geben."

Das Verlangen, ein Moratorium der inneren Gegensätze auszusprechen, nimmt sich von einer solchen Stelle recht eigentümlich aus. Die Arbeitgeberverbände haben u. E. ihr redliches Teil dazu beigetragen, die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital auf die Spitze zu treiben. Sie haben den Forderungen der Gewerkschaften, jedem einzelnen aus der großen Gemeinschaft der arbeitenden Klasse ein Existenzminimum zu gewähren, den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Wenn der Klassenkampf scharfe Formen annahm, so waren diese Kreise nicht unschuldig daran, und hohnvoll klingt es, wenn die Scharfmacher von Rhein und Ruhr etwas Aehnliches verlangen. Die Organisationen der westdeutschen Schwerindustrie wenden sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem sie zur Gemeinschaftsarbeit in folgender Weise auffordern: „Nur der entschlossene, von staatssozialistischen Hemmnissen befreite Einsatz der eigenen Kraftreserven kann die Wirtschaft aus der Not der Gegenwart herausführen. Nicht ein Kampf aller gegen alle, der die aufbauwilligen Kräfte lähmt und zerstört, sondern ein Kampf aller für alle ist dringendes Gebot der Stunde. Nur wenn wir, anstatt gegeneinander zu hetzen, miteinander und füreinander zusammenhalten, dürfen wir hoffen, die deutsche Wirtschaft und damit das ganze deutsche Volk gegen den Ansturm von draußen zu sichern."

Wenn jemals eine Gruppe von Menschen seit Jahrzehnten gehetzt und geschürt hat, dann war es die westdeutsche Schwerindustrie. Mit aller Rücksichtslosigkeit ist man von dieser Seite gegen die Arbeiterschaft und die von ihr geschaffenen Institutionen vorgegangen. Wenn diese nun dazu aufrufen, miteinander und füreinander zu stehen, so möchte man dies als einen Treppenwitz bezeichnen. Ehe man sich mit diesen Herrschaften auf ein Moratorium der inneren Gegensätze verständigt, müssen sie erst einmal lernen, in dem schwer schaffenden Arbeiter auch den Menschen zu sehen, der ebensolchen Anspruch auf Leben, Licht und Sonne hat wie sie — die Schwerindustriellen. **Man soll nicht Gemeinschaftsgeist verlangen, wenn einem das Wasser am Hals steht, sondern diesen Geist vorher durch Taten zum Ausdruck bringen. Dann ließe sich über derartige Dinge reden.**

Preußens Steinarbeiterschaft im Spiegel des Gewerbeaufsichtsberichts im Jahre 1930

III. (Schluß.)

Aehnlich unbefriedigend wie die Feststellung von Leichtsinn bei Sprengstoffen ist es auch zu erfahren, daß gerade unter den Angehörigen der Industrie der Steine und Erden die so gefahrvolle

Ablehnung von Schutzbrillen

vorherrscht. So schreibt die Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Gumbinnen:

Während bei Schweißarbeiten stets Schutzbrillen getragen werden, hält es noch immer schwer, die Arbeiter bei anderen, die Augen gefährdenden Arbeiten zum Tragen von Schutzbrillen zu bewegen; namentlich bei Steinschlägern fiel die Abneigung gegen die Schutzbrillen auf, bei einer Kolonne von 20 Schotterschlägern z. B. benutzten nur zwei die Schutzbrille. Und in gleichem Sinne lautet die Mitteilung der Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Lüneburg: Es wurde wieder recht häufig beobachtet, daß Arbeiter, insbesondere Jugendliche, die vorhandenen Schutzeinrichtungen, Schutzbrillen usw., nicht benutzen und sich dadurch Unfälle zuziehen, die vermeidbar wären; anderseits legen Arbeitgeber auf die Instandhaltung und Benutzung von Schutzeinrichtungen zu wenig Wert. In solchen Fällen wurde nachdrücklich auf den Wert der Unfallverhütung hingewiesen.

Im Falle eines Unglücks kommt gar häufig alles auf die Rechtzeitigkeit der ersten Hilfe an. Und wieder ist in dieser Hinsicht von seiten der Gewerbeaufsichtsbeamten ein Mißstand öfter gerügt worden, der unter Umständen manchem braven Arbeiter das Leben kosten kann. So schreibt die Behörde für den Bezirk Allenstein, daß

der Inhalt der Verbandkasten

oft zu Beanstandungen Anlaß gab, ward doch in dem großen Verbandschrank eines Betriebes außer einer Anzahl nicht dahin gehörender Gegenstände — Gift zur Mäusevertilgung gefunden! (Kommentar überflüssig.) Ebenso beanstandete die Gewerbeaufsichtsbehörde der Regierungsbezirke Stettin und Stralsund mehrfach bei gemeinsamen Besichtigungen mit dem Gewerbe-Medizinalrat unzweckmäßige Verbandkästen, die in der Regel allerlei überflüssige, unter Umständen sogar schädliche Hilfs- und Heilmittel enthielten. Ebenso wurde in größeren Betrieben darauf geachtet, daß sachkundige Personen zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen und Erkrankungen vorhanden sind. In der nämlichen Richtung bewegte sich die anregende Tätigkeit der Gewerbeaufsicht im Bezirk Liegnitz: Besondere Beachtung wurde dort den für die erste Hilfe notwendigen Maßnahmen zuteil. Das Verbandzeug mußte auf Veranlassung der Gewerberäte in vielen Betrieben ergänzt, Tragbahren mußten beschafft und geeignete Personen als Helfer ausgebildet werden. Vom Roten Kreuz und vom Arbeiter-Samariterbund wurden mehrere Ausbildungs- und Uebungskurse für Helfer abgehalten. Die Gewerbeaufsichtsbehörde Düsseldorf endlich stellt fest: Die Fürsorge für Verletzte und Kranke läßt bei den kleinen und mittleren Betrieben zu wünschen übrig. Während die großen Betriebe in dieser Hinsicht im Durchschnitt gut ausgerüstet sind, fehlt in den kleinen Betrieben oft sogar das notwendigste Verbandzeug. Die Betriebe wurden auf das vom Verbande deutscher Berufsgenossenschaften herausgegebene Merkblatt für Notverbandzeug für die erste Hilfe aufmerksam gemacht. Zur praktischen Anleitung für die erste Hilfeleistung wurden im Bezirk mehrere von Aerzten geleitete Kurse abgehalten. Nach Beendigung der Lehrgänge legten die Teilnehmer vor dem Kreisarzt eine Prüfung ab.

Die Behörde zu Königsberg erwähnt das verdienstvolle Wirken des dortigen Arbeiter-Samariterbundes, der in dem einen Jahre 400 Hilfeleistungen bei Betriebsunfällen aufzuweisen habe. Die Uebersicht ergab übrigens, daß die überwiegende Zahl der Unfälle in der siebenten und achten Abendstunde, also am Schluß der Arbeitszeit erfolgte. Jährlich finden dort unter ärztlicher Leitung Ausbildungskurse für neue Helfer statt. Durchaus unerfreulich ist, was hierzu die Gewerbeaufsicht im Regierungsbezirk Kassel mitteilt: In zahlreichen kleinen Betrieben war der Inhalt der Verbandkästen unvollständig und unsauber; häufig war Verbandzeug überhaupt nicht vorhanden. In allen diesen Fällen wurde die Beschaffung oder Ergänzung des Verbandzeuges gefordert. Angesichts der Unfallgefahren der Steinarbeiter kann man, so fügen wir hinzu, den Lesern nur empfehlen, den gegebenen Anregungen für ihren Betrieb Folge zu leisten! Kann es doch unter Umständen um das Leben eines Verunglückten gehen, wenn nicht für erste Hilfe vorgesorgt ist.

Daß auch die Gewerkschaften hierbei helfen können, beweisen die Feststellungen der Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Arnsberg, die lauten: Die Gewerkschaften waren weiter bemüht, den Unfallverhütungsgedanken in die Kreise der Arbeiterschaft zu tragen. Sie wurden hierbei von den Gewerbeaufsichtsbeamten unterstützt durch Vorträge über Betriebsschutz im Rahmen von Fortbildungsabenden und Versammlungen. Den Vorträgen und den anschließenden Aussprachen wurde rege Anteilnahme entgegengebracht.

Zum Schluß seien noch einige der Darlegungen des Gewerbeaufsichtsberichts über die

wirtschaftlichen Gegebenheiten

der preußischen Steinarbeiter wiedergegeben. Die einschlägigen Feststellungen sind naturgemäß leider stets unerfreuliche. Das Amt Königsberg meldet, daß bei dem Rückgang im Baugewerbe auch die Steinindustrie leide. Die Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Breslau teilt mit, von der Ungunst der Verhältnisse sei die Steinindustrie ihres Bezirkes besonders hart betroffen worden. Anstatt 7933 im voraufgegangenen Jahre, beschäftigte sie nur 3381 Arbeiter, also rund 54 v. H. weniger. In dem benachbarten Regierungsbezirk Liegnitz nahm laut Mitteilung der Gewerbeaufsichtsbehörde die Belegschaft in der Steinbruchindustrie um 16 v. H. ab. Besonders stark machte sich das Abfallen der Arbeitnehmerzahlen — schreiben die Gewerbeaufsichtsämter für die Bezirke Magdeburg sowie für Wiesbaden — auch in der Industrie der Steine und Erden bemerkbar. Die Behörde zu Kassel bezeichnet den Rückgang der Arbeiterzahl als am stärksten mit in der Industrie der Steine und Erden. Die großen Absatzschwierigkeiten hätten dort einige Betriebe zu weiterer Rationalisierung gezwungen. So verwende man neuerdings in einigen Steinbrüchen zum Abräumen Bagger u. dgl., wodurch eine größere Zahl von Arbeitern entbehrlich geworden sei. Ebenfalls für den Bezirk Köln meldet die Behörde eine besonders starke Verringerung der Arbeiterzahl in der Industrie der Steine und Erden als ein Zeichen für die allgemein ungünstige Beschäftigungsmöglichkeit.

Die Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Trier endlich berichtet sehr anschaulich: In der Industrie der Steine und Erden war die Beschäftigung besonders schlecht. Die früher sehr bedeutende Kyllsandsteinindustrie ist fast völlig zum Erliegen gekommen. In der Kalksteinindustrie wurde der Absatz durch die geringe Bautätigkeit und den Geldmangel in der Landwirtschaft sehr gehemmt, so daß kaum die Hälfte der Oefen in Betrieb war. In der Hartsteinindustrie war insbesondere der Absatz der Straßenbaustoffe sehr ungünstig, da der Straßenbau auf das Notwendigste beschränkt wurde.

An dem Rückgang, der hinsichtlich der Zahl der Betriebe in dem Regierungsbezirk Koblenz von der dortigen Gewerbeaufsichtsbehörde festgestellt wurde, war vor allem auch die Industrie der Steine und Erden beteiligt. Innerhalb der Aachener Industrie der Steine und Erden wurde die Abnahme der Arbeiterzahl bei der Industrie der Steine und Erden auf 15,6 v. H. veranschlagt. Die Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Kassel meldet demgemäß in naheliegender Auswirkung, daß die Arbeitszeit in der Mehrzahl der größeren und mittleren Betriebe, insbesondere in den Steinbrüchen abgenommen hat.

Sonntagsarbeit brauchte unter den Berufssparten bei der Verknappung der Arbeitsmöglichkeit bloß in einem Falle — durch die Gewerbeaufsichtsbehörde Schleswig — an Terrazzoleger zur Innehaltung von Einzugsterminen bewilligt zu werden. Im Zeitalter der Massenarbeitslosigkeit ist es immerhin bemerkenswert, daß, wie die Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Hildesheim mitteilt, der Inhaber einer Steinhauerei wegen unerlaubter Sonntagsarbeit zu 50 RM Geldstrafe verurteilt wurde! Dem steht ein die Zeitlage kennzeichnender Gegensatz gegenüber, daß im Regierungsbezirk Kassel die Arbeitszeit in der Mehrzahl der größeren und mittleren Betriebe, bei Steinbrüchen besonders in der zweiten Hälfte des Jahres gegenüber der gesetzlich oder tariflich zulässigen Arbeitszeit gekürzt worden ist.

Arbeitsrechtlich mag endlich noch ein Fall aus dem Bericht der Gewerbeaufsichtsbehörde für den Regierungsbezirk Düsseldorf erwähnt sein. Er betrifft einen Streit aus dem für das Straßenbaugewerbe geltenden Tarifvertrag, der ein Nachholen von Arbeitsstunden, die durch ungünstige Witterung ausgefallen sind, vorsieht. Die gerichtsanhängige Sache endete in der Berufung mit einem Freispruch, da das Gericht die Ansicht vertrat, daß nach den Tarifbestimmungen auch die im Winter bei ruhendem Betrieb ausgefallenen Arbeitsstunden im Sommer nachgeholt werden könnten. Die Auslegung mahnt zur Vorsicht beim Festlegen solcher Tarifbestimmungen.

Als letzte Wahrnehmung mag noch eine Feststellung wiedergegeben werden, die die Gewerbeaufsichtsbörde Wiesbaden getroffen hat, und die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen in gleichem Maße Widerhall verdient. An den Bestrafungen wegen Verstößen gegen die Arbeitszeitvorschriften war nämlich im dortigen Bezirk auch vornehmlich die Steinindustrie beteiligt. Und warum? Der Gewerbeaufsichtsbericht antwortet darauf eindeutig: Der Steinindustrie ist häufig die Beachtung der Arbeitszeitbestimmungen deshalb nicht möglich, weil der Hauptabnehmer, die Deutsche Reichsbahngesellschaft, ihre Aufträge so kurzfristig abruft, daß sie sich nur durch Ueberstunden — in einem Falle wurde täglich bis zu 14 Stunden gearbeitet — erledigen lassen. Ebenso plötzlich werden die Aufträge gestoppt, und dadurch die Brüche zu Stillegungen gezwungen.

Aus dem Wetterwinkel

Kürzlich las ich irgendwo das richtig ergänzte Sprichwort: „Lügen haben kurze Beine, **aber damit laufen sie schneller als die Wahrheit!"** Der erste Teil dieses Sprichwortes ist jedem bekannt und wer schon öfter gegen Verleumdungen und Unwahrheiten vergebens angekämpft hat, weiß, daß er sich dann doch schließlich in fatalistischer Stimmung mit dem 1. Teil abfinden muß und für sich schließlich denkt: „Recht muß doch Recht bleiben!" Dieser Grundsatz gilt leider nicht in dem Maße wie ihm zusteht. Denn Unrecht, gepaart mit Unwahrheit triumphiert mehr denn je im engeren und weiteren Zusammenleben der Menschen. Die große wirtschaftliche Not erzeugt schlechte Eigenschaften wie Neid, Haß, Brutalität, Lüge. Es gibt in der Tat viele, viele gewollte Lügen, die mit ganz besonderer Absicht in die Welt gesetzt werden, um rein persönlichen und persönlich-sachlichen Interessen zu dienen. Beides fließt meistens so sehr ineinander, daß eine Abgrenzung nicht möglich ist. Die hinter uns liegende Panikstimmung beim Zusammenbruch der Danatbank ist dafür genügend Beweis. Schauen wir ferner in den uns umgebenden Lügen-Wust nur auf das Arbeitsverhältnis und auf die wirtschaftliche, sowie politische Arbeiterbewegung, dann sehen wir wie von außen her mit allen schoflen Mitteln der Lüge und des Unrechts unsere natürlichen und unnatürlichen Gegner — das sind die im eigenen Lager — dauernd bemüht sind, durch kurzbeinige aber schnellaufende Lügen den Zusammenhalt im Arbeitsverhältnis und in der Arbeiterbewegung zu unterbinden. Die Not des einzelnen ist leider Helfershelfer! Die sozialistische und die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung wäre heute in der Notzeit bedeutend besser, ja, machtvoller und einflußreicher, wenn nicht diese erbärmlichen Lügen sie dauernd wie Heuschreckenschwärme umschwirren würden. Einfluß haben diese Lügen zweifellos auf die Mitläufer und auf die sonst unsicheren Kantonisten. Das abzustreiten wäre Unsinn. Es gehört ja eine sichere Ueberzeugung des einzelnen dazu, um alle die blöden Lügen und dummen Behauptungen vom sogenannten Verrat der Arbeiterorganisationen und ihrer Führung an sein eigenes Ich abprallen zu lassen, denn ganz ungeheuerlich ist, was da von unseren Widersachern immer wieder von neuem zusammengeschwafelt wird. Man fragt sich oft, wie es nur möglich ist, daß vernunftbegabte Menschen diese Lügen und Verdrehungen unbesehen als wahr hinnehmen können und doch ist es so. Leider! Wer zum Beispiel Gelegenheit hat, einen einzelnen Vorgang oder die Handlung eines Einzelnen in den Tageszeitungen verschieden dargestellt zu lesen, der wird sein blaues Wunder erleben; denn was bei normal denkenden Menschen eine vernünftige Handlung oder eine Tat bedeutet, ist bei anderen Verrat, Feigheit und wer weiß, was sonst noch. Die Tageszeitungen der Nationalsozialisten und der Kommunisten, der Deutschnationalen und der reinen Arbeitgeberrichtung leisten sich auf diesem Gebiet ganz Besonderes. Der Leser ist gewiß bedauernswert, der ohne eigene Meinung, sich so verschieden informieren läßt und wehe dann der Sache, wenn solche Leser sie gar abschließend beurteilen sollen.

In der Arbeiterbewegung, mag es Politik oder Wirtschaft betreffen, Sport, Gesang oder die sonstigen Kulturbestrebungen berühren, immer und überall haben die Kommunisten das schofelste Kampfmittel der Lüge, Verleumdung und Verdrehung in Anwendung gebracht — das ist sogar ihr Prinzip —, sie können sich heute dieser Mittel nicht mehr entäußern, wenn ihr ganzes KPD.- und RGO.-Gebäude nicht zusammenkrachen soll.

In Auseinandersetzungen über einzelne Vorgänge und Handlungen in Wirtschaft und Politik mit Kommunisten und natürlich auch mit Nazis, kann man deshalb auch immer wieder von neuem feststellen: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage". —

Das kleine Steinklopfernest, in dem ich recht und schlecht hause, liefert darüber die besten Beweise. Es ist tatsächlich so, daß die Urteilskraft und das Unterscheiden von Recht und Unrecht, von Wahrheit und Lüge bei einem ziemlichen Teil unserer Zeitgenossen vor die Hunde gegangen ist. Das früher übliche sachliche Debattieren und kollegiale Hantieren ist heute nicht mehr möglich. Kommt der groß- und kaltschnäuzige Gegner nicht mehr mit, dann wird er persönlich ausfällig oder er nimmt schließlich, wenn er dementsprechend gebaut ist, die Faust zur Hilfe, und die anderen unsicheren Elemente seinesgleichen sitzen dabei, freuen sich unbändig über diesen — Sieg der Unvernunft und der Lüge. Der längst verstorbene Dichter Herm. Lingg hat diesen Zustand jedenfalls vorgeahnt oder seine persönlichen Erfahrungen haben ihn schon damals zu folgenden wertbeständig bleibenden Auslassungen getrieben: Die Wahrheit ist gar oft gebunden, die Lüge bringt sich herrlich fort; die Wahrheit wird nur schwer gefunden, die Lüge hört man hier und dort. Es öffnen ihr sich alle Türen, sie läßt sich, hoch von Schminke rot, in Kirchen und Paläste führen; die Wahrheit kaut am trocknen Brot. Die Lüge darf in alles raten, die Wahrheit ist im Aug' ein Dorn, die Lüge steht in vollen Saaten, die Wahrheit ist ein kleines Korn. Die Lüge hat Posaunenstöße, die Lüge führt das große Wort. Die Wahrheit wirkt in schlichter Größe, doch was sie schafft, währt ewig fort."

Zu wünschen ist nur, daß jeder Steinklopfer sich bemüht, auch in dieser Notzeit ohne Haß und Neid Wahrheit und Lüge zu trennen, Haß und Neid sind immer schlechte Berater. Deshalb sind die kleinen und großen Drahtzieher hinter den Kulissen ja dauernd bestrebt vor allem die Mitläufer der vielseitigen sozialistischen Arbeiterbewegung mit Mißtrauen, Haß und Neid **vollzupfropfen. Diese Drahtzieher von rechts und links wissen, daß** die Mitläufer sich selbst im Denken nicht groß anstrengen, sondern nur nachbeten, was sie hören. Die gegenwärtige Zeit gibt dafür den besten Nährboden ab. Das wissen freilich alle Steinklopfer, die sich nicht erst seit gestern um ihre Interessen kümmern, auch, aber dennoch richtet es keinen Schaden an, wenn an dieser Stelle auf diese bösen zerstörenden Vorgänge immer wieder hingewiesen wird. Die Hoffnung aller unserer Gegner, daß zum Beispiel der gewerkschaftliche und politische Zusammenhalt mindestens sehr gelockert werden möchte in dieser Zeit für die kommende, muß an der Einsicht und Vernunft unserer Anhänger scheitern. Die jüngeren unter uns werden, wenn von der gegenwärtigen Notzeit eine gewisse Distanz erreicht ist, noch erleben, daß jene, die jetzt dauernd vom Verrat schreien und sich unbeschwert von den Tatsachen zum Gegner schlagen oder indifferent eigene Wege suchen, daß diese die wirklichen und einzigen Verräter an der Arbeiterschaft waren. Für den überzeugten Gewerkschafter, der auch politisch seinen Mann stellt und der sich in seiner Auffassung durch nichts beirren und beeinflussen läßt, gilt heute noch, was bereits schon vor hundert Jahren in dem Laienbrevier von Leopold Schefer niedergeschrieben wurde:

„Wenn du's so weit bringst, daß du Feinde hast,
Dann lob ich dich, weil alle noch nicht gut sind.
Wenn du es auch verschweigst, doch schäme dich nicht,
daß du Feinde hast —; wer Feinde nicht ertragen kann,
ist keines Freundes wert.

Dir müssen Feind sein: Die die Knechtschaft wollen!
Dir müssen Feind sein: Die die Wahrheit fürchten!
Dir müssen Feind sein: Die das Recht verdrehen!
Dir müssen Feind sein: Die von Ehre weichen!
Dir müssen Feind sein: Für welche du nicht Freund bist!

Stark ertrage der Schlechten Feindschaft, sie ist schwach und nichtig.
Und stehst du da als reiner warmer Strahl, dann erwärmst du die Guten,
sie schließen sich an dich."

Wie gesagt, das wurde vor hundert Jahren geschrieben, hat aber heute noch Bedeutung trotz der angeblichen Menschenbildung, der Staatsumwälzung, der vervollkommneten Technik und anderes während dieser Zeitspanne.

So wie es im praktischen Leben sehr viele Menschen gibt, die farbenblind sind, manche sogar ohne daß sie es selbst wissen, weil ihre Berufstätigkeit diesen Fehler nicht hervortreten läßt, gibt es im politischen und wirtschaftlichen Leben auch sehr viele Farbenblinde, die nie das richtige Gesicht dieses oder jenes Vorganges erkennen können und in ihrer falschen und verbohrten Besserwisserei immer das Entgegengesetzte des Tatsächlichen und Wirklichen sehen oder vermuten. Solche Farbenblinde können unter Umständen, genau so wie ein farbenblinder Zugführer, viel Unfug und Unheil anrichten. Deshalb hält man Mitmenschen mit solchen Fehlern auch von verantwortungsvollen Funktionen fern, streitet

Kurswechsel der RGO

Eroberung der Gewerkschaften von außen und innen.

Unsere deutschen Kommunisten sind bedauernswerte Kerle. Seit mehr als zehn Jahren versuchen sie, die Gewerkschaften zu erobern. Bis jetzt ohne Erfolg. Auf die Moskauer Anweisungen hin haben sie zwar wiederholt alle möglichen Methoden angewandt und die verschiedenartigsten Parolen geschmiedet. Aber trotz aller Versuche war es ihnen bis jetzt nicht möglich, das Bollwerk der freien Gewerkschaften weder von innen heraus zu erobern, noch von außen her zu zerschlagen. Man sollte deshalb meinen, daß sie die Sinnlosigkeit und Unmöglichkeit eines derartigen Tuns einsehen würden. Doch weit gefehlt. Moskau befiehlt — der Kampf geht weiter.

Die letzte Kampfparole zur Eroberung der Gewerkschaften wurde auf dem Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale (lies: der russischen G.J.) im September vorigen Jahres in Moskau geschmiedet. Danach sollten die bestehenden Gewerkschaften vor allem von außen her, d. h. durch Gründung kommunistischer Verbände erobert werden. In verschiedenen Berufen hat man daraufhin versucht, Streiks und Tarifkonflikte zur Gründung von sogenannten Roten Gewerkschaften auszunutzen. So zum Beispiel in der Metallindustrie anläßlich des Berliner Streiks, im Bergbau anläßlich des Konfliktes im Ruhrbergbau. Der Rote Verband im Baugewerbe soll noch werden. Sonderbarerweise haben die kommunistischen Gewerkschaftsspalter dabei nicht der Arbeiterschaft erzählt, um was es sich bei diesen Neugründungen wirklich handelt. Statt zu sagen, was Moskau befohlen hatte, betonte man, daß die Arbeiter angesichts des „reformistischen Verrats" sich im „Feuer des Kampfes" notgedrungen und spontan eigene Verbände geschaffen hätten. Wie verlogen und falsch diese Begründung war, beweist jetzt erneut der RGO.-Stratege Dahlem, indem er in der „Roten Fahne" vom 30. Juni schreibt:

„Als wir vom 5. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale zurückkamen mit dem Beschluß der Organisierung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, da gab es noch viele Skeptiker in den eigenen Reihen. Es liegen noch nicht viele Monate zurück, seitdem wir den straffen Aufbau der RGO. begonnen haben. Aber wir haben in entscheidenden Industrien bereits unsere im Kampf geborenen Roten Verbände, wir haben die erste Viertelmillion Mitglieder der RGO. und haben mit einem Schlag in über 3500 Betrieben unsere Betriebsgruppen aufgebaut."

Trotz der angeblichen Erfolge der RGO. sind die bolschewistischen Herrschaften in Moskau mit der Entwicklung nicht zufrieden. Sie haben deshalb eine neue Parole herausgegeben, nach der jetzt erneut versucht werden soll, durch innere Zersetzungsarbeit die Gewerkschaften wieder zu einem Teil der kommunistischen Bewegung zu machen. Die bestehenden kommunistischen Verbände sollen zwar nicht aufgelöst werden, sondern gleichzeitig von außen her den Zersetzungsprozeß fördern. Daß nun unsere deutschen Kommunisten eifrigst bemüht sind, auch diesen Befehl sofort in die Tat umzusetzen, zeigen die weiteren Darlegungen Dahlems, indem er schreibt:

„Wenn wir jetzt mit Zähigkeit und Leidenschaft an die Organisierung der Oppositionsfraktionen im ADGB., bei den christlichen und anderen reaktionären Gewerkschaften gehen, dann tun wir das, um die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten für den Klassenkampf zu gewinnen und den Streikbruchführern ihr arbeiterfeindliches Handwerk zu legen. Wir greifen den konterrevolutionären Apparat des ADGB. von außen und von innen an."

Mit dem Vorwand sattsam bekannter Schlagwörter will man demnach die Gewerkschaften unterminieren. Daß es den kommunistischen Drahtziehern dabei wenig auf die Arbeiterinteressen, sondern einzig und allein auf kommunistische Taktik und Strategie ankommt, zeigen die folgenden Ausführungen Dahlems:

„Einige Worte zum Kurs der RGO. Ich wurde ersucht, die Frage zu beantworten: Heißt RGO. Revolutionäre Gewerkschaftsopposition oder Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation. Wir haben die klaren Beschlüsse der RGJ. und unserer Tagungen, daß die Aufgabe darin besteht, eine allumfassende revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, mit selbständigen Organen von oben bis unten, der der gesamte RGO.-Aufbau und die innergewerkschaftliche Arbeit in den reaktionären Verbänden untergeordnet sein muß. Mit anderen Worten: Wir steuern konsequent los auf die Schaffung der Roten Gewerkschaften in ganz Deutschland."

Wie wenig die Kommunisten zur Erfüllung dieser verbrecherischen Pläne vor unlauteren Mitteln zurückschrecken, geht aus dem Hinweis auf das Rezept von Lenin hervor, wonach mit List, Lüge und Klugheit und allen zweckmäßigen Methoden zu arbeiten ist.

Soll deshalb die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht zu einem Spielball kommunistischer Abenteurer gemacht werden, dann ist Wachsamkeit und Entschlossenheit dringendes Gebot. Vielen mag diese Mahnung als überflüssig erscheinen, nachdem die kommunistische Gewerkschaftstaktik des letzten Jahrzehnts ein einziges großes Fiasko ist. Aber besondere Zeitumstände erfordern besondere Maßnahmen. Und daß die wirtschaftlichen Zeitverhältnisse mit all ihren Begleiterscheinungen für politische Abenteuer und Verwirrungsmanöver nicht ungünstig sind, ist uns genügend bekannt. Darum aufgepaßt, damit auch dieser neue Zerstörungsplan an der Klarheit und Einheit unseres gewerkschaftlichen Wirkens sich als ein Lufthieb erweist.

---

auch nicht groß mit ihnen herum, wenn sie grau mit rot oder braun verwechseln. Ich glaube aber, daß viele dieser Farbenblinden wieder geheilt werden können, wenn der Grundton nicht mehr grau in grau wie die Gewitterwolken am bedeckten Firmament unserer Wirtschaft aussieht.

Der Steinklopfer-Hannes.

25 Sprichwörter

Wenn es heißt „man soll den Tag nicht vor dem Abend loben", so finde ich diesen Ausspruch weise. Ein Körnchen Wahrheit liegt ja wohl in jedem Sprichwort, nur kommt es darauf an, von welcher Seite aus wir herangehen. Jedes Ding hat wenigstens zwei Seiten und mir macht es nur Spaß, etliche Sinnsprüche zu widerlegen, und zwar — wieder durch Sprichwörter: „Bleibe im Land und nähre dich redlich". Diese Weisheit kommt mir vor wie das verkörperte Wohlbehagen mit Abendfriedengeläut vor 100 Jahren. Also setzen wir dagegen: „Alle Lande sind des Weisen Vaterland" oder „In anderen Landen ißt man auch sein Brot". Auf „Unter Frommen ist gut wohnen" lasse ich folgen „Vom Frommsein wird man nicht satt". — Es heißt auch so schön, „Wer viel fragt, geht viel irre" und „aus vielen Fragen erkennt man den Narren". Das ist schon richtig; aber richtig ist es auch anders herum, wenn ich sage: „Durch Fragen wird man klug" und „wer sich zu fragen schämt, schämt sich zu lernen". Wo liegt nun die Wahrheit? Aber da fällt mir wieder ein Sprüchlein ein „Die Wahrheit liegt immer in der Mitte". Jawohl, stimmt auch, eben weil jedes Ding und jede Sache mehr als eine Seite haben. Wenn es nun aber heißt „Kinder und Narren reden die Wahrheit", wo, frage ich, liegt da die Mitte? „Man soll leben und leben lassen" und „spare in der Zeit, so hast du in der Not". — Dann: „Wer leicht traut, wird leicht betrogen". Dem steht entgegen: „Wer nicht traut, dem ist auch nicht zu trauen". — „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold"; wiederum heißt es „wer schweigt stimmt zu". Vor Jahrzehnten, als die Tugend noch ein wenig höher im Kurs stand, hieß es: „Tugend besteht, Schönheit vergeht" und doch gibt es ein 200jähriges Wort dagegen, ein derbes aber wahres Wort. „Jungfernfleisch ist kein Lagerobst". „Alter Wein und junge Weiber sind zwei gute Zeitvertreiber". Nun soll noch einer sagen „Alt und jung paßt nicht zusammen". — „Dem Mutigen gehört die Welt" oder „Mehr Gefahr mehr Mut". Darauf folgt ein Satz, den sicher keiner der Jungen geprägt hat, und zwar: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um". Besser ist vielleicht noch „Wer die Gefahr fürchtet, darf nicht aufs Meer". — Wie so vielem „Gedruckten", darf man auch den Sprichwörtern nicht absolut glauben, es ist eben alles relativ. Relativ, diesbezüglich... Zum Schluß noch eine Binsenwahrheit, für die ich trotz aller aufgewandten Mühe keine Widerlegung finde: „Eine gebratene Gans ist ein merkwürdiger Vogel, für einen zuviel, für zwei zu wenig". —

Lbs.

Die Veränderung des Arbeitsmarktes in Steinindustrie und Steinstraßenbau

im 1. Halbjahr 1931

Landes-Arbeitsamtsbezirk	Von 100 Mitgliedern waren arbeitslos: Insgesamt 1.I.	Insgesamt 31.III.	Insgesamt 30.VI.	Steinarbeiter 1.I.	Steinarbeiter 31.III.	Steinarbeiter 30.VI.	Steinsetzer 1.I.	Steinsetzer 31.III.	Steinsetzer 30.VI.
Pommern	90,5	86,0	40,0	79,2	69,1	35,7	93,6	90,9	41,1
Ostpreußen	86,5	87,9	34,7	66,3	66,4	32,7	89,1	93,6	35,4
Westfalen	82,7	69,5	67,9	83,8	70,6	62,5	80,9	68,7	72,6
Rheinland	80,8	71,4	64,6	81,2	69,8	63,0	79,4	76,8	70,1
Sachsen	76,5	65,9	51,4	76,6	63,1	52,2	75,4	85,9	46,0
Südwestdeutschland	74,3	69,4	44,6	74,4	69,5	44,7	72,0	68,2	42,4
Mitteldeutschland	73,1	72,6	50,3	71,9	73,6	48,5	74,7	71,7	52,8
Brandenburg	72,3	76,9	50,8	64,2	65,3	58,0	76,1	82,5	47,5
Hessen	72,1	65,4	48,3	84,2	62,4	43,8	83,2	77,7	65,8
Schlesien	71,2	71,9	57,3	67,7	69,0	59,1	88,5	85,0	49,8
Bayern	63,8	60,6	49,4	61,7	58,6	49,9	72,9	74,2	44,2
Niedersachsen	62,6	53,8	41,4	48,7	59,1	39,8	76,8	46,6	43,1
Nordmark	48,2	47,6	51,5	37,3	45,6	39,8	51,8	48,4	56,3
Reichsgebiet	71,5	67,1	51,3	69,5	64,6	51,5	76,8	73,6	51,0

Wie die vorstehende Aufstellung zeigt, hat sich im Laufe des 1. Halbjahres in den Landesarbeitsamtsbezirken eine wesentliche Verschiebung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt vollzogen. Mit der größten Arbeitslosigkeit beginnend, ergab sich am Anfang und am Ende des Halbjahres folgende Reihenfolge:

Von 100 Mitgliedern des gesamten Verbandes waren arbeitslos

am 1. Januar: Landesarbeitsamt	%	am 30. Juni: Landesarbeitsamt	%
Pommern	90,5	Westfalen	67,9
Ostpreußen	86,5	Rheinland	64,6
Westfalen	82,7	Schlesien	57,3
Rheinland	80,8	Nordmark	51,5
Sachsen	76,5	Sachsen	51,4
Südwestdeutschland	74,3	Brandenburg	50,8
Mitteldeutschland	73,1	Mitteldeutschland	50,3
Brandenburg	72,3	Bayern	49,4
Hessen	72,1	Hessen	48,3
Schlesien	71,2	Südwestdeutschland	44,6
Bayern	63,8	Niedersachsen	41,4
Niedersachsen	62,6	Pommern	40,0
Nordmark	48,2	Ostpreußen	34,7

Am stärksten hat sich die Besserung der Arbeitsverhältnisse in Pommern und Ostpreußen ausgewirkt. Beide Bezirke sind von der stärksten zur schwächsten Arbeitslosigkeit aufgerückt. Eine relative Verschlechterung seiner Arbeitsverhältnisse zeigt der Bezirk Nordmark.

In den beiden Hauptberufsgruppen ergibt sich nach dem gleichen Schema folgendes Bild:

Von 100 Mitgliedern waren arbeitslos

a) Steinarbeiter

am 1. Januar: Landesarbeitsamt	%	am 30. Juni: Landesarbeitsamt	%
Hessen	84,2	Rheinland	63,0
Westfalen	83,8	Westfalen	62,5
Rheinland	81,2	Schlesien	59,1
Pommern	79,2	Brandenburg	58,0
Sachsen	76,6	Sachsen	52,2
Südwestdeutschland	74,4	Bayern	49,9
Mitteldeutschland	71,9	Mitteldeutschland	48,5
Schlesien	67,7	Südwestdeutschland	44,7
Ostpreußen	66,3	Hessen	43,8
Brandenburg	64,2	Niedersachsen	39,8
Bayern	61,7	Nordmark	39,8
Niedersachsen	48,7	Pommern	35,7
Nordmark	37,3	Ostpreußen	32,7

b) Steinsetzer

Pommern	93,6	Westfalen	72,6
Ostpreußen	89,1	Rheinland	70,1
Schlesien	88,5	Hessen	65,8
Hessen	83,2	Nordmark	56,3
Westfalen	80,9	Mitteldeutschland	52,8
Rheinland	79,4	Schlesien	49,8
Niedersachsen	76,8	Brandenburg	47,5
Brandenburg	76,1	Sachsen	46,0
Sachsen	75,4	Bayern	44,2
Mitteldeutschland	74,7	Niedersachsen	43,1
Bayern	72,9	Südwestdeutschland	42,4
Südwestdeutschland	72,0	Pommern	41,1
Nordmark	51,8	Ostpreußen	35,4

Am meisten litt nach dieser Aufstellung die Steinsetzergruppe unter der Arbeitslosigkeit. An der besonders starken Belebung des Arbeitsmarktes in Pommern und Ostpreußen sind beide Berufsgruppen beteiligt.

Ueber der durchschnittlichen Beschäftigungsgrenze standen am 30. Juni die Landesarbeitsamtsbezirke:

a) bei den Steinarbeitern

Ostpreußen, Pommern, Nordmark, Niedersachsen, Hessen, Südwestdeutschland, Mitteldeutschland, Bayern;

b) bei den Steinsetzern

Ostpreußen, Pommern, Südwestdeutschland, Niedersachsen, Bayern, Sachsen, Brandenburg, Schlesien.

Unter der durchschnittlichen Beschäftigungsgrenze standen am 30. Juni die Landesarbeitsamtsbezirke:

a) bei den Steinarbeitern

Rheinland, Westfalen, Schlesien, Brandenburg, Sachsen;

b) bei den Steinsetzern

Westfalen, Rheinland, Hessen, Nordmark, Mitteldeutschland.

Am stärksten ist demnach die gesamte Kollegenschaft noch in Rheinland und Westfalen von der Arbeitslosigkeit betroffen, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als die dortige Kollegenschaft auch von der Rhein- und Ruhrkrise am meisten betroffen wurde.

Hoffentlich endigen die gegenwärtigen internationalen Verhandlungen mit einem günstigen Ergebnis, das sich auch belebend auf die Steinindustrie und den Steinstraßenbau auswirkt.

Ist die Kurzarbeit von Einfluß auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung? Bisher war die Kurzarbeit ohne Einfluß auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung. § 105 Abs. 2 AVAVG. bestimmte, daß, wenn infolge Arbeitsmangels die an der Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht wurde und deswegen Lohnkürzungen eintraten, bei der Berechnung der Unterstützung das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen war, das ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen worden ist.

Diese Regelung gilt nicht mehr. § 105 Abs. 2 AVAVG. bestimmt jetzt vielmehr:

„Maßgebend ist das Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose im Durchschnitt in den letzten dreizehn Wochen oder, wenn das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen war, im Durchschnitt der letzten drei Monate seiner Arbeitnehmertätigkeit vor der ersten Arbeitslosmeldung bezogen hat, die dem Erwerbe der Anwartschaft auf die Unterstützung folgte. Soweit er in dieser Zeit infolge Arbeitsmangels die in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht hat und deswegen Lohnkürzungen unterworfen war, ist das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, daß er ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte. Dies gilt nicht, wenn die tatsächliche Arbeitszeit auch trotz der Kürzung noch mehr als 40 Stunden in der Woche betragen hat; hat sie weniger als 40 Stunden betragen, so darf höchstens ein Arbeitsentgelt über 40 Stunden zugrunde gelegt werden."

Hierzu ist noch folgendes auszuführen:

Bleibt die Stundenzahl unter 40 Stunden in der Woche, so wird bei der Berechnung der Höhe der Unterstützung ein Verdienst von 40 Stunden zugrunde gelegt. Beträgt dagegen die Kurzarbeit 41 bis 47 Stunden, so wird der Verdienst zugrunde gelegt, der in der verkürzten Stundenzahl über 40 Stunden verdient worden ist.

Durch diese Regelung wirkt also die Kurzarbeitbeschäftigung senkend bei der Berechnung der Arbeitslosenunterstützung ein.

Wie bereits erwähnt, ist für die Berechnung maßgebend das Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose im Durchschnitt der letzten dreizehn Wochen bzw. der letzten drei Monate seiner Arbeitnehmertätigkeit vor der Arbeitslosmeldung bezogen hat. Vordem betrug der Zeitraum 26 Wochen.

*

Wann erhalten jetzt Ehefrauen Arbeitslosenunterstützung? Die neue Notverordnung ergreift auch den Unterstützungsbezug der arbeitslosen Ehefrauen.

§ 107d AVAVG. bestimmt, daß, wenn eine Hauptunterstützung des Ehegatten zusammentrifft und dazu kein Familienzuschlag gewährt wird, so mindert sich die eine Unterstützung, und zwar bei verschiedener Höhe der Unterstützung, die niedrigere, um die Hälfte.

Nunmehr hat § 107d AVAVG. folgende Fassung erhalten:

„Verheirateten Frauen wird die Arbeitslosenunterstützung nur gewährt, soweit sie bedürftig sind. Für die Prüfung der Bedürftigkeit gelten die Vorschriften der Krisenfürsorge."

Der § 107d führt also jetzt die Bedürftigkeitsprüfung nach den Vorschriften der Krisenfürsorge ein.

Wann kann nun nach den Vorschriften der Krisenfürsorge die arbeitslose, verheiratete Ehefrau Arbeitslosenunterstützung beziehen?

Die Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge besagt:

Von dem Einkommen, das ein Angehöriger des Arbeitslosen hat, also der Ehegatte der Frau, der Sohn usw., wird der Betrag auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet, um den das Einkommen 20 Mark in der Kalenderwoche übersteigt. Die praktische Anwendung des § 107d AVAVG. sieht so aus:

Verdient also der Mann der arbeitslosen Ehefrau 35 Mark in der Woche, so werden hiervon also 15 Mark auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Hat die Frau bisher 12 Mark an Unterstützung erhalten, so kommt eine Unterstützung nicht mehr in Frage, weil das anzurechnende Einkommen des Ehemanns die Unterstützung der Frau völlig aufwiegt. Würde dagegen der Mann nur einen Verdienst von 30 Mark die Woche haben und die Frau 15 Mark an Unterstützung, so erhielte die Frau noch eine Unterstützung von 5 Mark, da ja in diesem Falle nur 10 Mark des Einkommens die Grenze von 20 Mark übersteigen und auf die Unterstützung zur Anrechnung kommen können.

Demokritus.

Altenhain. Am 18. Juli wurde der Hilfsarbeiter, unser langjähriger Hilfskassierer Kollege Johann Merseburger, ein Opfer der Arbeitsgefahren im Steinbruch. Ein aus dem Gleise gerutschter geladener Hund, der umwarf, drängte den Kollegen von der Abraumsohle, so daß er aus 12 Meter Höhe in die Tiefe stürzte und den sofortigen Tod fand. Der Verunglückte hinterläßt Frau und drei Kinder. Die Zahlstelle verliert in ihm einen rührigen und guten Kollegen, sachlich und gewissenhaft erfüllte er seine Funktion, durch sein vorbildliches Wirken war er in den Kreisen der Kollegen sehr beliebt. Die Zahlstelle wird ihn dauernd in Ehren halten.

Rammelsbach. Am 19. Juli fand in Rammelsbach eine sehr gut besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in der Kollege Sarfert über die Tarifverhandlungen referierte: Der Reichstarifvertrag für das Pflasterstein- und Schottergewerbe war im Dezember 1930 abgelaufen. Die erste Verhandlung wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das Südwestdeutsche Steinindustriegewerbe fand vor den Parteien statt, diese scheiterte, ebenso auch die zweite Verhandlung vor der Schlichterkammer. Die Angelegenheit wurde wieder an die Parteien zur neuerlichen Verhandlung zurückverwiesen. Nachdem sie auch hier wieder gescheitert waren, wurde noch einmal vor dem Schlichtungsausschuß in Heidelberg mit dem Schlichter Hanewinkel, Karlsruhe, verhandelt. Hier wurde nach langem Verhandeln der von dem Arbeitnehmerverband vorgelegte Tarifvertrag mit der Stimme des Schlichters gegen alle Stimmen des Arbeitgeberverbandes angenommen. Darauf erklärte der Vorsitzende Wels des Arbeitgeberverbandes, daß dieser Tarifvertrag für sie „untragbare Härten" enthalte und sich deshalb der Arbeitnehmerverband, um den Vertrag nicht annehmen zu müssen, auflöse. Der Arbeitgeberverband hat sich inzwischen auch wirklich aufgelöst. Das hat zur Folge, daß jetzt mit jedem einzelnen Arbeitgeber verhandelt werden muß, was natürlich eine Mehrarbeit bedeutet. Weiter gab Sarfert Aufklärungen über die Schwierigkeiten, die aus der heutigen Wirtschaftslage entstehen. Sie wird von den Arbeitgebern rücksichtslos gegen die Arbeiter ausgenützt. Nachdem er noch Aufklärung über die Urlaubsfrage gegeben, schließt Sarfert mit der Mahnung, daß man alles daransetzen müsse, um die Arbeiter unter ein Banner zu bringen. — In der Diskussion sprach Hahn, Mannheim, für die RGO., der besser nichts gesagt hätte. Er wiederholte mit anderen Worten fast dasselbe, was Kollege Sarfert schon gesagt hatte und fügte noch einige abgedroschene Unwahrheiten hinzu, diese wurden im Schlußwort vom Kollegen Sarfert gründlich widerlegt. Auch Kollege Groß, Mühlbach, trat den Unwahrheiten entgegen mit einem einfachen Beispiel. Nach Aussprache über verschiedene Unklarheiten schließt der Vorsitzende mit dem nochmaligen Hinweis, daß man heute mehr denn je zusammenhalten müsse, die ruhig verlaufene Versammlung.

Rundschau

Autostraße Berlin—Amsterdam. Die Vorarbeiten zur Ausführung der Teilstrecke Osnabrück—Niederlande der großen, für den Automobilverkehr bestimmten Fernstrecke Berlin—Amsterdam sind jetzt beendet worden. Die Breite dieses bedeutsamen Verkehrsstranges wird zehn Meter betragen. Es ist zu gewärtigen, daß nach Vorlegung der Pläne bei dem zuständigen Landesbauamt die Bauarbeiten umgehend in Angriff genommen werden, womit zugleich eine nicht unerhebliche Arbeitsbeschaffung für die dortige Bevölkerung verknüpft sein wird.

Kammer-Großsprengung im Bergischen. Im Becketaler Steinbruch Nordhelle (Bergisches Land) war zum Zwecke einer Kammersprengung ein großer Stollen vorgetrieben und wurde kürzlich mit 50 Zentner Dolorit zur Entzündung gebracht. Hierdurch kam die gewaltige Masse von 15 000 Kubikmetern Gestein in Bewegung, deren Aufarbeitung der Belegschaft auf Monate Beschäftigung sichert — wenn Aufträge vorliegen.

Gewinnung von Eiweiß aus Kohle. Aus Kreisen der chemischen Forschungsinstitute wird die Nachricht verbreitet, daß es gelungen sei, aus Kohlestoffen Eiweiß zu erzeugen. Damit wäre die Brücke zwischen der technischen Kohlechemie und der organisch-synthetischen Arbeit geschlagen. Im Laboratoriumsmaßstab ist es heute schon möglich, Eiweiß auf Basis Kohle und Koks in jedem beliebigen Umfange herzustellen. Die heute schon in Tausenden von Tonnen hergestellte Essigsäure ist ein Beweis, daß den Laboratoriumsversuchen sich eine Großproduktion in verhältnismäßig kurzer Zeit anschließen kann. Die industrielle Herstellung von Produkten, die in lebenden Körpern vorkommen oder als dessen Bausteine eine Rolle spielen, macht immer größere Fortschritte.

Wetter und Arbeitsleistung. Daß das Wetter großen Einfluß auf Gesundheit und Arbeitskraft, damit auch auf die Arbeitsleistung ausübt, ist lange bekannt Neue Untersuchungen in amerikanischen Betrieben versuchen nun, die Verhältnisse in ziffernmäßiger Weise festzulegen. Der Leiter eines Unternehmens mit 3000 Arbeitern fand, daß an einem unangenehmen Tag die Arbeitsleistung ungefähr um 10 v. H. sank. Besonderen Einfluß üben selbstverständlich auch die Temperaturen auf die Arbeitsleistung aus.

Volkshochschulheim Dreißigacker bei Meiningen. Das Volkshochschulheim Dreißigacker eröffnet am 15. September einen Kursus für Männer im Alter von etwa 20 bis 30 Jahren, der bis zum 15. Dezember 1931 läuft. Anmeldungen mit kurzem Lebenslauf sind möglichst umgehend an die Heimleitung des Volkshochschulheimes Dreißigacker bei Meiningen in Thüringen zu richten. Als Kursgeld werden für den gesamten Kursus, wenn nicht staatliche oder städtische Beihilfen gewährt werden, 40 Tagelöhne gefordert. Das Mindestschulgeld beträgt 150 RM., einschließlich Kost, Wohnung, Heizung und Licht.

Arbeitslose können das Mindestschulgeld durch ihre Erwerbslosenunterstützung begleichen und müssen sich zu diesem Zwecke an das heimatliche Arbeitsamt wenden. Dazu ist eine Bescheinigung nötig, die von der Heimleitung erhältlich ist. Im Falle von Schwierigkeiten wende man sich an die Heimleitung. Die Reisekosten werden auf die Hälfte ermäßigt. Prospekte durch die Heimleitung. Anfragen richte man überhaupt nur nach dort, nicht an unsere Redaktion oder Verbandsvorstand.

Wohnsiedlung ohne Schornstein. In Bremen wurde vom Allgemeinen freien Angestelltenbund eine Neubausiedlung von 189 Wohnungen errichtet, die insofern eine Neuheit ist, weil die Schornsteine vollständig wegfallen konnten. Die Heißwasserlieferung und die Beheizung der Wohnungen erfolgt durch ein benachbartes Fernheizwerk, ähnliche Siedelungen ohne Schornsteine existieren bereits in einigen anderen Städten z. B. in Leipzig. Zum Kochen werden nur elektrische Herde und Apparate verwendet. Neben all den Vorzügen, die für den elektrischen Kochherd gelten — Sauberkeit, Arbeitsersparnis, gleichmäßige Temperaturen, bessere Ausnützung des Kochgutes — zeichnet ihn eine besondere Annehmlichkeit aus: der automatische Regler. Er sorgt dafür, daß unter der wärmeisolierenden Haube stets die erforderliche Kochtemperatur vorhanden ist Dadurch wird es der Hausfrau ermöglicht, andere Arbeiten während der Zubereitung der Mahlzeit zu verrichten. Bei einem Strompreis von 8 Pfennig je kWh ist die elektrische Zubereitung der Speisen wirtschaftlich. Die Bremer AFA-Siedlung zeigt jedenfalls einen Fortschritt im Wohnungsbau. Es ist durchaus möglich, daß die in einigen Jahren oder Jahrzehnten errichteten Neubauwohnungen keines Schornsteines mehr bedürfen. Die Elektrizität bewährt sich auch hier als ein Wohltäter der Menschheit. Vor allem kommt sie in diesem Falle der Hausfrau zugute.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

3. Gau. In **Leipzig, Dresden** und **Chemnitz** sind teilweise die Marmorarbeiter ausgesperrt. **Zuzug von Marmorarbeitern nach Sachsen muß unterbleiben!**

4. Gau. In **Eisenach** Granitwerk N. Conradus wegen Lohndifferenzen gesperrt.

7. Gau. In **Gsteinach** wurde der Betriebsratsvorsitzende durch gerichtlichen Vergleich wieder in seine alten Rechte eingesetzt. Der entstandene Lohnausfall wurde zurückerstattet. Die Sperre über den Betrieb Hagelauer & Co. ist damit erledigt. — In **Selb** (Oberfr.) ist der Streik bei der Fa. Wilh. Netsch beendet. — In **Schwarzenbach** (Oberfr.) ist die Fa. Morgeneier & Schörner wegen Maßregelung gesperrt.

11. Gau. In **Lübeck** stehen die Steinmetzen im Lohnkampf. —

*

Schweiz; Steinrichter und Steinspalter! Die Firma Schaller jun. & Cie. in **Alpnach**, Steinbrüche im Delli, Wolfenschießen und Flüelen, sucht durch die deutschen Arbeitsämter beständig Steinrichter. Dadurch, daß die Firma nie Zahltag macht, arbeitet natürlich niemand lange dort und wechseln die Kollegen schnell und oft. **Wer deshalb nicht geschädigt sein will, übernehme keine Arbeit bei diesem Unternehmer.** — Im Grabsteingeschäft von Pezold in **Wil** muß ebenfalls jeder Zuzug unterbleiben, dort ist Lohnabbau geplant.

*

Zur Beachtung! Von **Sperren usw.** muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen:

Sonnabend, 1. August:

In Charlottenburg um 19.30 Uhr bei Röhrig, Schloßstr. 45.

Mittwoch, 5. August:

In Berlin für alle Branchen im Gewerkschaftshaus um 18 Uhr.

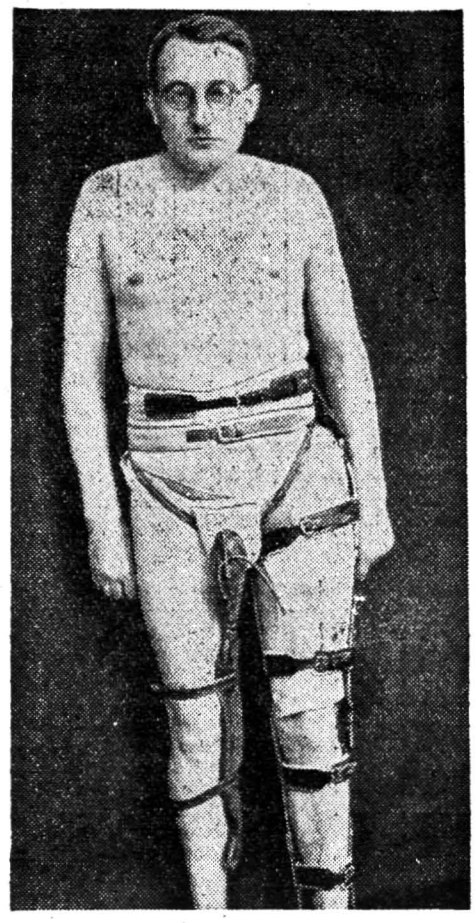
*

Oertliche Reiseunterstützung zahlt nicht mehr: Titling.

Freiburg i. Br. Der Steinmetz Albert Weber aus Stuttgart hat bei der Abreise sein Mitgliedsbuch in großer Unordnung zurückgelassen. Beim Auftauchen in irgendeiner Zahlstelle sind die schärfsten Maßnahmen angebracht.

Die kommunistische Gelbsucht. Die Kommunisten stellen die These auf, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur bei vollem Lohnausgleich gestattet werden könne. Sollte die 40-Stunden-Woche zur Tatsache werden, so müßte den Arbeitern der Lohn für 48 Stunden ausgezahlt werden. Daß sie aber auch anders können, lehrt folgendes: Die Belegschaften der kommunistischen Druckereibetriebe sind meistens aus den Gewerkschaftsorganisationen ausgeschlossen worden, weil sich ihr Tun mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht mehr vereinbare ließ. Eine Konferenz der in kommunistischen Druckereibetrieben Beschäftigten hat kürzlich beschlossen, je Tag eine Stunde länger zu arbeiten, ohne dafür eine Entschädigung zu verlangen. Die Arbeiter in kommunistischen Druckereien arbeiten also 54 Stunden je Woche bei einer Bezahlung für 48 Stunden. Diese Handlung steht im direkten Gegensatz zu dem sonstigen Verhalten der kommunistischen Phraseure. Wir möchten einmal das Geschrei sehen, das von den Kommunisten angestimmt würde, wenn die Arbeiter in den Parteibetrieben der SPD, in Betrieben der Konsumgenossenschaften oder in sonstigen gemeinwirtschaftlichen Arbeiterbetrieben zu einer Verlängerung der Arbeitszeit ohne Mehrbezahlung übergingen. In diesem zwiespältigen Verhalten zeigt sich die ganze Verlogenheit derer von links. Es dürfte immerhin angebracht sein, dies in der Agitation zu verwerten.

Fast 1000 RM. jährlich verliert dieser Schwerbeschädigte durch die Notverordnung



Kriegsbeschädigter P. G., Oels in Schl.

geb. 5. 3. 1898, seit 1. 5. 1920 verheiratet, Vater eines Kindes. Versorgungsdienstleiden: Schußverletzung der linken Hüfte mit Veränderung des Darmbeinknochens, ausgedehnte Narbenbildung, erhebliche Beschränkung der Hüftgelenkbeweglichkeit, Blasen- und Mastdarmschwäche sowie epileptische Anfälle.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten gibt dazu noch folgende erschütternde Angaben:

90 v. H. erwerbsbeschränkt. Die bisher erhaltene halbe Zusatzrente von 25,50 RM. monatlich fällt nach der neuen Notverordnung weg. Dadurch gehen ihm jährlich 484,80 RM. verlustig! (Zusatzrente, Ermäßigung der Hauszinssteuer und Nichtbefreiung von der Bürgersteuer.)

Als Angestellten der Fürsorgestelle werden ihm außerdem von seinem monatlichen Bruttoeinkommen (216,68 RM.) 3,34 RM. auf seine Rente angerechnet. Schließlich erleidet dieser Kriegsbeschädigte darüber hinaus noch eine allgemeine Kürzung seiner Rentenbezüge von 8,2 v. H.

Die Hüftverletzung ist seit 1918 ununterbrochen offen und muß täglich zweimal verbunden werden. Urin und Stuhl gehen ungewollt Tag und Nacht ab. Die Art der Leiden erfordert einen Mehraufwand an Wäsche und Bekleidungsstücken von 500.— bis 600.— RM. jährlich.

Der regulären Lebensversicherung gebührt der Vorzug

Immer mehr bricht sich in der Bevölkerung der gesunde Gedanke Bahn, eine Versicherung abzuschließen. Man erwägt die Lebens-, Feuer-, Diebstahl-, Haftpflichtversicherung usw., um gegen die finanziellen Nachteile bei unerwarteten Schäden gesichert zu sein. Berufene und Unberufene überstürzen sich nun in dem Bemühen, der Bevölkerung neue Versicherungsarten zu offerieren. Die Entscheidung des einzelnen Versicherungslustigen wird dadurch erheblich erschwert. Jede Gesellschaft oder jeder Gründer behauptet natürlich, daß ihre bzw. seine Neuerung die beste wäre und dem Versicherten der günstigste Gegenwert geboten wird. Wie immer, machen sich zweifelhafte Existenzen auch diese Situation zunutze und gehen auf Dummenfang aus; sie wählen vorzugsweise eine Verbindung von Warengeschäft und Versicherung, ähnlich dem Zugaben- und Rabattmarkensystem. Wieder andere benutzen die Bausparidee, um zweifelhafte Genossenschaften zu errichten, für deren Mitglieder gleich eine hohe Lebensversicherung oder auch Mieteversicherung abgeschlossen ist. Die Gründungen und Kombinationen auf diesem Gebiete sind beinahe so mannigfaltig wie Schwindler vorhanden sind. Meistens gelingt es der Staatsanwaltschaft, in kurzer Zeit diese Gründungen zu unterbinden, noch ehe größerer Schaden angerichtet ist.

Etwas anders verhält es sich mit den Neueinführungen großer und bekannter Versicherungsgesellschaften. Hier werden Mieteversicherungen, Versicherungssparbriefe und andere „Erfindungen" der Oeffentlichkeit als neu empfohlen, um im Konkurrenzkampf überlegen zu sein. Die sichere Grundlage dieser „Neuerungen" soll natürlich nicht bestritten werden. Es fragt sich jedoch, ob dem Versicherungsgedanken oder der Bevölkerung mit solchem Uebermaß an Versicherungsarten gedient ist. Der Versicherungsschutz im Lebensversicherungszweig hat sich am besten, günstigsten und als einigermaßen ausreichbar bei der normalen Todes- und Erlebensfall- oder Sterbegeldversicherung erwiesen. Alle anderen Kombinationen sind zumeist mit Unzulänglichkeiten behaftet. Die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der Arbeiterschaft, hat alle irgendwie vorteilhaft erscheinende Versicherungsarten geprüft, aber keiner einen Vorzug gegenüber der regulären Lebensversicherung geben können. Die Tarife der Volksfürsorge sind den Bedürfnissen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft angepaßt. Es sollte sich darum niemand durch angebliche Erleichterungen oder Verbesserungen irreführen lassen.

Adressenänderungen

3. Gau: **Leipzig II.** Kass.: Helmut Mörbitz, W 31, Lauchstädter Straße 22.

5. Gau: **Bochum.** Vors.: Richard Bock, Bochum-Werne, Werner Hellweg 375.

6. Gau: **Tegernau.** Vors. u. Kass.: Joseph Höltl.

8. Gau: **Augsburg I.** Kass.: Georg Döring, Augsburg X, Bozener Straße 7 8/0.

9. Gau: **Langenselbold:** Vors.: Wilh. Schäfer, Klein-Siedlung 48. — **Alpenrod.** Vors. u. Kass.: Louis Klöckner.

11. Gau: **Bergedorf.** Kass.: Herman Jauert, Bahnstraße 8, III. — **Steinbergen.** Vors.: Heinr. Lahmann, Bückeburg, Julianenweg 4., Kass.: Fritz Grabbe, Kleinbremen 87, Post: Bückeburg, Sch.-Lippe. — **Cuxhaven.** Kass.: Hugo Lawrenz, Friedrich-Karl-Straße 20, I.

Neue Bücher und Zeitschriften

Hans Gobsch: **„Wahn-Europa 1934".** Preis 4,80 Mark, Leinen geb., Herausgeber: Der Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf.

Anfang August jährt es sich zum 17. Male, daß der Weltkrieg begann, und noch heute seufzen die Völker unter den Auswirkungen und Lasten dieses fürchterlichen Krieges. Es dauert sehr, sehr lange, bis die von ihm aufgerissenen Wunden im Gemeinschaftsleben der Völker einigermaßen vernarben. Das hat gerade Deutschland zum wiederholten Male und recht eindringlich wieder Ende Juli 1931 erfahren und mit ihm, allerdings im schwächeren Ausmaße, alle am Weltkrieg beteiligt gewesenen Nationen. In diese kritische Weltlage paßt ausgezeichnet diese lebendig gestaltende Vision von Hans Gobsch „Wahn-Europa 1934" hinein. Ein Buch für alle Völker, für alle Männer, die glauben, mitreden zu dürfen zur Versöhnung der Menschheit. Verschiedene namhafte Parteizeitungen der SPD haben bereits mit dem Abdruck des Romans begonnen, ein Beweis seines Wertes. Aus den vielen schriftlich vorliegenden Anerkennungen bekannter politischer Führer, namhafter Schriftsteller, früherer Militärs von Rang wollen wir nur die des Generalmajors a. D. von Bresler als Sachverständigen herausgreifen, die unter anderem sagt: „Eine überaus wertvolle, fesselnd geschriebene und zum Nachdenken anregende Utopie. Das Buch ist eine ernste Mahnung, insbesondere für Leute, die sich keine Vorstellung von der Ungeheuerlichkeit des nächsten Krieges machen und machen wollen und die sich nicht die Mühe nehmen, darüber nachzudenken, was es für Land und Bevölkerung bedeutet, Kriegsschauplatz zu sein. Hans Gobsch zeigt, zu welchen Konsequenzen ein neuer Krieg führen muß, er beschreibt das Chaos, das sofort entstehen muß, wenn nach Vergasung und Vernichtung von Städten und ganzen Landstrichen durch die Luftstreitkräfte, Regierungen und Verwaltungen hinweggefegt sind und Panik in unerhörtem Ausmaße die Massen beherrscht. Den Krieg läßt der Verfasser durch ein unbedeutendes Vorkommnis, das der Völkerbund nicht zu meistern vermag, entstehen. Durch eine großzügige Persönlichkeit der Zukunft, die den Völkern Europas Fluch und Verderben eines neuen Krieges unbedingt ersparen will, dabei dem mehr und mehr drohenden Radikalismus entgegentritt, weist der Verfasser einen Weg, der aus dem europäischen Dilemma herausführen könnte, wenn nicht veraltete Ideengänge kurzsichtiger und egoistischer Persönlichkeiten diesen Weg versperrten und zu Krieg und Untergang führten. Die Verbreitung dieses ausgezeichneten Buches in möglichst vielen Sprachen ist sehr zu wünschen." Wir haben dieser vortrefflichen Skizzierung nichts hinzuzusetzen; können nur den Wunsch auf möglichste Verbreitung des Buches dick unterstreichen. Die Wiederkehr des Jahrestages vom Weltkriegbeginn Anfang August bietet dazu die beste Gelegenheit.

Alaska-Kid. Der fünfundzwanzigste Band der Jack-London-Serie der Büchergilde Gutenberg Berlin (nur für Mitglieder, in Leinen 3 Mark) ist jetzt erschienen. Fünfundzwanzig Bände — ist das nicht des Guten zuviel? Nun, die Büchergilde Gutenberg hat gewußt, weshalb sie in der letzten Zeit diesen und jenen Jack London nicht in ihre Serie aufnahm und weshalb der „Alaska-Kid" den Ehrenplatz des fünfundzwanzigsten Bandes bekommt. Das ist wieder eine ganz große Sache, ein echter Jack London, lebendig von der ersten bis zur letzten Druckzeile. Dieser Goldsucher-Roman ist spannend wie ein großes Rennen, und der Leser muß oft die Lippen aufeinanderpressen, um nicht in sportlicher Ekstase aufzuschreien. Wer ein Buch haben will, das er auf einen Ritt lesen möchte, der kaufe sich Alaska-Kid und werde dabei Mitglied der Büchergilde Gutenberg.

Anzeigen

BERLIN

An Mittwoch, 5. August, um 18 Uhr, im Großen Saal des Gewerkschaftshauses Vierteljahres-Generalversammlung für alle der Zahlstelle Groß-Berlin angehörenden Mitglieder.

Tagesordnung:

1. **Bericht vom 2. Quartal 1931.**
2. **Vortrag über das Thema: „Ursachen der bestehenden Wirtschaftskrise".**
3. **Verschiedenes.**

Den arbeitslosen Kollegen werden 50 Pfennig Fahrgeld vergütet. Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

Seit 10 Jahren Spezialanfertig. **Steinbruchschuhe handeingebund.**, Garantie für jedes Paar, hochwertige Qualität, reelle Beliefer. **M 14.75** portofr.

Nichtgefall. gegen Betrag zurück **Herm. Weibers Berufsschuhwerk Bad Godesberg**

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 11.50 Mk., aus II-Drahtleder 8.— und 6.— Mk., **Maurersocken** 1.10 Mk. Echt Lindner-**Manchesterhosen** Qual. I 15.—, II 11.50, III 10.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohlfeldt, Dresden 6,** Ritterst. 2 (Spezialfabrik für Berufskleidung)

Pflasterhämmer aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb **Otto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstraße 6

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Wenig-Rackwitz. Am 10. Juli der Brecher Adolf Großmann, 62 Jahre alt, 2½ Jahre krank, Blutsturz.

Dornreichenbach. Am 15. Juli der Pflastersteinmacher Paul May, 61 Jahre alt, Lungenerkrankung.

Steinach (Thüringen). Am 15. Juli der Griffelmacher Richard Resch, 49 Jahre alt, 1 Jahr krank, Lungentuberkulose.

Striegau. Am 15. Juli der Brecher Gustav Riemer, 64 Jahre alt, Altersschwäche.

Osterwald. Am 15. Juli der Sandsteinmetz Herm. Bodenstein, 57 Jahre alt, 9 Tage Lebererkrankung.

Hannover. Am 17. Juli der Steinsetzer Leopold Delius, 37 Jahre alt, Freitod.

Altenhain. Am 18. Juli der Hilfsarbeiter Joh. Merseburger, 37 Jahre alt, tödlicher Betriebsunfall.

Zeitz. Am 18. Juli der Hilfsarbeiter Adolf Böttcher, 76 Jahre alt, Altersschwäche.

Reichenbach (Odenwald). Am 19. Juli der Schleifer August Bernhardt, 46 Jahre alt, zirka 2 Jahre Herzleiden.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Windler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Entwicklung des Straßenwesens in der sächsischen Oberlausitz

Für die Gestaltung des gesamten mitteleuropäischen Durchgangsverkehrs — sowohl in der Richtung Nord—Süd, als auch West—Ost — ist die sächsische Oberlausitz auf Grund ihrer geographischen Lage von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß soeben eine grundlegende Arbeit erschienen ist, die im Rahmen der Darstellung des Verkehrswesens der sächsischen Oberlausitz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die gesamte Geschichte des dortigen Straßenbaues in den wesentlichsten Zügen darstellt. Dr. W. Beyer hat nämlich in der Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer zu Zittau die Oberlausitzer Verkehrsgeschichte auf Grund sorgsamster archivalischer Studien in eingehendster Weise dargestellt.

Zunächst umreißt Dr. Beyer die politische und wirtschaftliche Bedeutung für den Verkehr in der Oberlausitz, der infolge der 1815 erfolgten Landesteilung empfindliche Nachteile zu erleiden hatte. Hinsichtlich des Verkehrswesens betont der Verfasser die wichtige Rolle, die die Oberlausitz, begünstigt durch ihre zentrale Lage in Mitteleuropa und durch Naturbedingungen, die der Anlage von Handelsstraßen auf ihrem Gebiete entgegenkamen, von jeher als Durchgangsland des europäischen Verkehrs innehatte. Sowohl die bedeutende Straße, die West- und Mitteldeutschand mit dem Osten verband, als auch der alte Straßenzug, der von Böhmen über das Zittauer Gebirge nach dem Norden und Osten führte, berührt ihr Gebiet, und eine große Anzahl der Oberlausitzer Städte verdankt Entstehung und Wohlstand dem Durchgangsverkehr auf jenen Straßen. Das Jahr 1815 erschien dem Verfasser als für die zeitliche Abgrenzung seiner Arbeit gegebenen Zeitpunkt, einmal weil die damals erfolgte Landesteilung tiefgehende Wirkungen auf das Wirtschaftsleben der Oberlausitz ausgeübt hatte, vor allem aber, weil der damals in fast ganz Deutschland beginnende Chausseebau eine neue Epoche im Verkehrsleben eröffnen sollte. Auch in Sachsen wurde erst von 1815 an ein planmäßiger und nicht mehr durch Kriegszüge gestörter Ausbau der Landstraßen möglich. Die Wirkung der neuen Chausseebauten auf das Verkehrsleben war umwälzend. Während früher der Verkehr meist nur durch Zwangsmaßnahmen auf den vorgeschriebenen und privilegierten Bahnen hatte gehalten werden können, fanden die Fuhrleute es jetzt trotz der Chausseegelder lohnender, der neuen Kunststraße zu folgen, als abgabenfreiee, aber ungebaute Nebenwege zu benützen. Die Vorteile, die das leichtere Fortkommen auf den Chausseen gewährte, waren so einleuchtend, daß selbst große Umwege auf chaussierten Straßen dem kürzeren, aber beschwerlicherem Wege vorgezogen wurden. Durch den Chausseebau war an die Stelle „des rechtliche Monopols der alten Straße das technische Monopol der Kunststraße“ gesetzt worden. Der Endpunkt der Beyerschen Untersuchung wurde durch den um 1850 vollendeten Bau der ersten Oberlausitzer Eisenbahn bestimmt. Das Aufkommen der Eisenbahnen eröffnete für den Handelsverkehr so viele neue Möglichkeiten, daß man mit noch größerem Recht als anläßlich des Chausseebaues vom Beginn einer neuen Epoche im Verkehrsleben reden kann.

Folgen wir nunmehr der Einzeldarstellung, wie sie unser Gewährsmann in überaus aufschlußreicher Darstellungsart über den Bau der verschiedenen Straßen gegeben hat.

Die wichtigste Straße der Oberlausitz, die Lebensader des Landes, war danach die hohe Landstraße, die alte via regia Lusatiae auf lateinisch im Mittelalter geheißen. Sie vermittelte den Verkehr zwischen dem Osten und Westen Mitteleuropas und führte von Breslau aus über Lauban, Görlitz, Reichenbach, Weißenberg, Bautzen, Kamenz, Königsbrück, Großenhain, Merschwitz (Fähre) nach Oschatz und von dort über Eilenburg, Wurzen oder Grimma nach Leipzig.

Von der Natur war dieser Weg von allen vom Osten nach dem Westen führende Straßen durch seine Lage am meisten begünstigt. Immer auf halber Höhe führend, vermied er die Nachteile, die mit Benutzung der sumpfigen niederen Straße (von Polen über Glogau, Sagan, Spremberg, Finsterwalde, Torgau, Eilenburg nach Leipzig) und des gebirgigen, von Breslau durch Böhmen nach Nürnberg führenden Weges verbunden waren.

Der Wert dieser günstigen natürlichen Verkehrsbedingungen wurde aber durch künstliche Hindernisse stark vermindert. Zahlreiche Zollstellen und die Stapelgerechtigkeiten einzelner Städte (Breslau, Görlitz, Leipzig) erschwerten und verteuerten den Handelsverkehr so sehr, daß das Gebiet immer wieder, trotz aller Landesverweise, umgangen wurde. Hauptsächlich wurden dabei nördliche Umgehungswege benutzt, namentlich für Güter, die von Polen und Schlesien nach nordwestliche Hafenplätze bestimmt waren.

Alle Verbote konnten auch in der Folgezeit nicht verhindern, daß der Verkehr immer wieder Zölle, Stapellager und Umwege zu vermeiden suchte. Im 16. und 17. Jahrhundert dauerte dieser Zustand an. Leipzig verteidigt seine alten Stapel- und Straßen-Zwangsrechte, muß es sich aber gefallen lassen, daß Waren von Schlesien und Lausitz noch Dresden oder Pirna und von da auf dem Elbweg nach Hamburg gehen, oder daß sie auf den Straßen über Magdeburg oder Berlin nach den Nordseehäfen transportiert werden. Ebenso wird der Weg von Schlesien über die Oberlausitz und Prag nach Nürnberg häufig benutzt.

Auch im 18. Jahrhundert änderte sich an diesen Zuständen nicht viel, vielmehr änderten sich die Verkehrsverhältnisse erst grundlegend, als man begann, einzelne Straßen chausseemäßig herzustellen und dem Verkehr dadurch neue feste Bahnen zu verschaffen.

Die erste Straße, an deren Chaussierung man 1815 heranging, war die von Bautzen über Dresden und Oschatz nach Leipzig führende, was eine Verlegung der alten hohen Straße über Dresden bedeutete. Höchstwahrscheinlich, so nimmt Dr. Beyer an, verlegte man die alte Landstraße, damit der neue Straßenzug über die Landeshauptstadt führte. Indem man auf die ohnehin stark benutzten Verbindungswege zwischen Leipzig und Dresden und zwischen Dresden und Bautzen den direken Verkehr Bautzen—Leipzig leitete, ersparte man nicht nur Bau und Unterhaltung einer langen Straße, sondern hob vor allem auch die Bedeutung Dresdens als Handelsstadt und Verkehrsknotenpunkt. Die Straße, die noch im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts den größten Teil ihrer Bedeutung beibehalten hatte, die damals noch täglich 30 bis 40 Fuhrleute nach Königsbrück führte, war nach Fertigstellung der Bautzen—Dresdner Chaussee immer mehr verödet und zu einer Poststraße 2. Ranges herabgesunken, auf welche sich Extraposten, Reisende und Frachtfuhrleute nur selten verirrten. Die großen Gasthöfe in Prischwitz, Schweinerden, Kamenz und Königsbrück, deren Stallungen zum Teil für 70 bis 100 Pferde Raum gewährten, standen jetzt leer.

Die Abwanderung der Post brachte der hohen Straße den letzten empfindlichen Stoß bei. Um so mehr hob sich aber die Bedeutung der Dresden—Bautzener Chaussee, die übrigens schon früher als die hohe Straße als planmäßige Poststraße benutzt worden war.

Die nach Wegfall der Post noch zunehmende Verödung der alten Leipzig—Bautzner Straße kam zwar den an der Strecke Bautzen—Dresden—Leipzig liegenden Ortschaften zugute, hatte aber für die Orte der alten Straße, die ihren Wohlstand vor allem dem Straßenverkehr verdankten, geradezu vernichtende Folgen. Von den Städten wurde am meisten Kamenz betroffen. Denn während Bautzen bei der Verlegung der Straße gar nichts verloren hatte, und Königsbrück durch die Straße nach Hoyerswerda einigermaßen entschädigt wurde, sah sich Kamenz nach Verlust des großen Durchgangsverkehrs auch noch nach allen Seiten vom Verkehr durch außerordentlich schlechte Straßen abgeschnitten. Erst 1834—1839 wurde die in sehr schlechtem Zustande befindliche Straße von Kamenz nach Pulsnitz — zur Verbindung mit Dresden — halbchausseemäig hergestellt, und der 1840 begonnene Bau der Straße Bautzen—Kamenz war 1841 noch nicht ganz vollendet. Diese Straßenbauten kamen natürlich viel zu spät, um den Niedergang der Stadt wieder rückgängig machen zu können, den die Verödung der alten hohen Straße mit sich gebracht hatte.

Noch an einer anderen Stelle wurde der Verkehr der hohen Straße auf eine andere Bahn gelenkt. Es wurde nämlich bei dem 1822 erfolgten Bau die Straße von Bautzen nach Reichenbach über Löbau statt über Weißenburg geführt. Das alte Straßenstück über Wurschen, Weißenberg und Neu-Cunnewitz wurde 1822 für Frachtfuhrwerke verboten, so daß es allen Durchgangsverkehr einbüßte und nur noch einzelnen Getreidefuhren und Viehhändlern als Schleifweg diente.

Nunmehr wendet sich unser Gewährsmann der böhmischen Glasstraße zu. Sie führte als alter Straßenzug zwischen der hohen Straße und der südlichen Straße von Schlesien nach Nürnberg von Halle, Leipzig oder Dresden auf verschiedenen Wegen nach Stolpen und von dort weiter über Neustadt und Langburkersdorf nach Rumburg und anderen böhmischen Orten. Ursprünglich war die Straße übrigens ein Salzweg gewesen, der Halle mit Böhmen verband. Wie schon der noch am Anfang des 19. Jahrhunderts übliche Namen „böhmische Glasstraße“ anzeigt, bestand der Hauptteil der hier beförderten Güter in Glaswaren. Infolge ihrer hohen Bedeutung — auch für den Meßverkehr nach Leipzig von der südlichen Oberlausitz und von dem anliegenden Böhmen her — zählte die böhmische Straße zu den ersten Straßen, welche noch 1815 auf sächsischem Gebiet in chausseemäßigen Zustand versetzt worden sind. Schon 1825 war der Bau der Straße von ihrer Abzweigung von der Dresden—Bautzner Chaussee an bis zur böhmischen Grenze vollendet. Freilich störten hier die ungemein lästigen Zollschikanen der österreichischen Grenzbeamten bei dem dreimaligen Grenzüberschreiten den Durchgangsverkehr ganz wesentlich.

Wichtig war ferner die Straße von Zittau nach Großschönau, die 1831—1832 unter Staatsbeihilfe als Halbchaussee hergestellt und in Böhmen über Warnsdorf bis zur Rumburger Straße fortgeführt wurde. Hauptsächlich bezweckte man dabei, den lebhaften Verkehr zwischen Großschönau, das durch seine Damastweberei bedeutsam war, und dem Handelsknotenpunkt Zittau zu fördern.

Die strenge Grenzabsperrung, wie sie seit Ende der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts Oesterreich handhabte, wirkte sich für das ganze dortige Grenzgebiet, namentlich aber für den Vorsprung des Fugauer Zipfels äußerst ungünstig aus. Sehr litt auch an der Verkehrsungunst Neugersdorf, dessen jährlich in Verbindung mit einem Scheibenschützenfest abgehaltener Jahrmarkt als der wichtigste von der ganzen sächsischen Oberlausitz erachtet wurde. Mehr als 1000 Buden, so heißt es in dem Bericht des Zittauer Amtshauptmanns, den Dr. Beyer wiedergibt, werden jährlich von Wiener, Prager und Leipziger Kaufleuten besonders mit Ausschnitt- und Materialwaren alle Jahre zahlreicher besucht. Daher sei nach der Leipziger Messe kein Markt in ganz Sachsen so groß als der Neugersdorfer. Da aber die Landesgrenze ohne eine besonders bezeichnete Linie mitten über den Marktplatz lief, war jährlich am 30. Juli ein Groß-Schmuggel ohne Beispiel möglich. In Würdigung dieser Sachlage, die von den zuständigen Verwaltungsbeamten der Landesregierung unterbreitet wurde, wurde 1829 mit dem Bau der Hohwaldstraße der Anfang gemacht, wobei von der bereits bis zur Grenze chaussierten böhmischen Glasstraße eine Abzweigung zu Langburkersdorf vorgenommen wurde. Zufolge vieler zwischendurch während des Bauens auftauchender Pläne über die Linienführung währte es bis zum Jahre 1839, ehe der Bau über Eibau und Oderwitz nach Zittau durchgeführt war. Die Bedeutung der Hohwaldstraße blieb eine im wesentlichen örtliche. Der Fernverkehr Dresden—Zittau lief auf der Löbauer Straße. Die Hohwaldstraße wies nämlich bei Stolpen, Neustadt und im Hohwald so starke Steigungen auf, daß der Frachtverkehr dort einen viel zu kostspieligen Vorspann erfordert hätte. Ein Zollverkehrsabkommen mit Oesterreich schuf vollends 1853 für die andere Strecke wesentliche Erleichterungen.

Unter den kleineren west-östlichen Straßen mißt Dr. Beyer von jeher größere Bedeutung der von Zittau über Reichenau und Friedland nach Bernsdorf und von hier weiter entweder nach Markliſſa, Lauban, Glogau, Niederschlesien und Polen oder nach Heinersdorf, Friedeberg, Hirschberg, Schmiedeberg, Breslau und Oberschlesien führenden Straße bei. Zeitweise hatte sie sogar zwecks Umgehung der hohen Straße teilweise den großen west-östlichen Handelsverkehr aufgenommen. Auch der Straßenzug von Zittau über Friedland nach Greiffenberg und Löwenberg konnte zufolge der Zollverhälnisse keine überlokale Bedeutung auf die Dauer gewinnen.

Soviel über die Straßen der sächsischen Oberlausitz in west-östlicher Richtung. Dr. Beyer läßt ihnen in seiner Darstellung die Straßen in nord-südlicher Richtung folgen. Von ihnen bemerkt er einleitend: Die Straßen, die aus dem Norden kommend, durch die Oberlausitz über Bautzen, Löbau, Zittau oder Görlitz nach Böhmen führten, dienten außer dem Lokalverkehr vor allem dem Durchgangsverkehr von Hamburg oder Stettin über Kottbus nach Böhmen. Kottbus war durch die Straße über Fehrow mit Gojaz und von dort aus durch den Wasserweg über Schwielochsen, Spree, Havel und Elbe mit Hamburg bzw. durch Kanalverbindung mit der Oder und Stettin verbunden. Auf Grund seiner eingehenden Quellenstudien kommt Dr. Beyer zu dem Ergebnis, daß die Geschichte der Straßen, auf denen sich der nord-südliche Verkehr durch die Oberlausitz bewegt hat, zugleich die Geschichte des Kampfes darstelle, den die einzelnen Städte und Gegenden des Landes untereinander führten, um diesen Verkehr über ihr Gebiet zu leiten und die damit verbundenen Vorteile ihrem Handel und Gewerbe nutzbar zu machen.

An erster Stelle nimmt unser Gewährsmann die Straße Löbau—Zittau—Gabel zum Gegenstand seiner Erörterung. Danach stand der Straßenzug, der die Oberlausitz in nord-südlicher Richtung durchzog, der von Löbau nach Zittau und von dort auf verschiedenen Wegen nach Böhmen führte, an Wichtigkeit für den Handel hinter den ost-westlichen Verkehrswegen nur wenig zurück. Deshalb wurde die Straßenverbindung zwischen Löbau und Zittau gleich im Anschluß an den Bau der Dresden—Bautzen—Görlitzer Hauptstraße chausseemäßig hergestellt: 1824 war der Bau bis Herrnhut gediehen, und 1827 war er bis Zittau vollendet. Dr. Beyer weist darauf hin, daß die Wahl des Lückendorfer Passes zur Gebirgsüberschreitung bereits durch die böhmischen Herrscher erfolgt war, um die Verbindung der Länder und Böhmen sicherzustellen. Für den Handelsverkehr war bei der Wahl der Verbindungsstraße zwischen Zittau und Prag natürlich außerdem die Kürze dieses Weges maßgebend. So findet sich auch hier die auf dem ganzen Sudetenzug beobachtete Erscheinung, daß der Verkehr die naturgegebenen, bequemen, aber meist mit großen Umwegen verbundenen Verkehrsbahnen in den Längstälern der Flüsse meidet und statt dessen kürzere und beschwerlichere Gebirgsübergänge wählt. Zittau hatte hiervon selbstredend hohen Nutzen.

Die Gabler Straße, von Bedeutsamheit für den Verkehr zwischen Nordostdeutschland und den südosteuropäischen Ländern, galt demgemäß noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts als die eigentliche Landstraße nach Böhmen. Wie groß freilich hier die Hindernisse des bergigen Geländes, namentlich am Stoß waren, geht daraus hervor, daß dort vor ein Frachtfuhrwerk 1845 zur Winterszeit nicht weniger als 26 Pferde einmal vorgespannt werden mußten. Die Stadt Zittau, der die Instandhaltung der Strecke größtenteils oblag, kam dieser Verpflichtung nur so unvollständig nach, daß der sächsische Staat ab 1847 auf seine Kosten diese neu bauen und teilweise zweckmäßiger anlegen ließ. Der Verkehr auf der Gabler Straße diente im 19. Jahrhundert besonders dem Warenaustausch zwischen Norddeutschland und dem Süden, doch auch dem Transport von Zittauer Waren nach Italien und der Levante, sowie der Anfuhr von böhmischem Getreide für die Oberlausitz.

Bald nach Herstellung der Bautzen—Zittauer Chaussee wurde der Bau der von Löbau über Neugersdorf nach Rumburg führenden Straße in Angriff genommen. Die Stände hatten 1826 die Straße als „wichtige Commerzialstraße“ zum Bau vorgeschlagen und einen Baubeitrag garantiert, so daß die chausseemäßige Ausführung von 1828—1830 erfolgte. Hauptsächlich war es nach Dr. Bayers Ansicht der große Nordsüdverkehr, der sich mehr und mehr auf diese bequeme Straße gewöhnte und den bergigen Weg über Zittau und Gabel vermied.

Die Landstraße, die hauptsächlich die Verbindung zwischen Kottbus und der sächsischen Oberlausitz herstellte, war, so führt unsere Quelle aus, die sogenannte Berliner Straße. Sie führte von Bautzen aus an Kleinwelka vorbei nach Hoyerswerda und Kottbus und von da nach Berlin und den Ostseehäfen und wurde „als Post- und Hauptstraße nach Berlin und der ganzen Mark Brandenburg“ angesehen. Der den damaligen Stand des Straßenbaues angemessene Ausbau dieses wichtigen Verkehrsstranges ist von 1833 bis 1834 durchgeführt worden.

Im Jahre 1831 wurde mit dem Bau der Straße Bautzen—Neusalza—Rumburg begonnen und über Oppach bis 1836 beendet. Für den Handelsverkehr, der sich von Schlesien über Görlitz in die Rumsburger Gegend bewegte, war die Straße Görlitz—Zittau von Bedeutung. Das von der preußischen Grenze bis kurz vor Ostritz reichende Straßenstück wurde 1829 auf Staatskosten halbchausseemäßig hergestellt und gab zu keinen Klagen fortan mehr Anlaß. — ein Gegensatz zu der Strecke Ostritz—Zittau, die als die schlechteste Poststraße von ganz Sachsen in einem Bericht des Amtshauptmanns von Zittau bezeichnet wurde. Besonders der Rosentaler Berg bei Hirschfelde galt geradezu als eine Gefahr für Menschen und Zugtiere und soll — so teilt Dr. Beyer mit — häufig Unglück verschuldet haben. In Gemeinschaft bauten Preußen und Oestereich von 1830 bis 1835 die Straße von Görlitz nach Reichenberg aus, wobei, wie es in den amtlichen Berichten heißt, die Linie mit großer Genialität übers Gebirge gebaut war und dem großartigen Charakter entsprach, welchen die österreichischen Straßenzüge besonders in Gebirgsgegenden zu haben pflegen. So verblieb der Görlitz—Zittauer Straße unter Verlust des Durchgangsverkehrs ein gewisser Wert für die Zufuhr von schlesischem Garn und Produkten. Dies führte zu einem Ausbau vom Jahre 1842 ab.

Die Straße von Zittau nach Reichenberg, bis zum Jahre 1845 die einzige Strecke, auf der zwischen der sächsischen Oberlausitz und Böhmen eine Personenbeförderung durch die Post stattfand, war in einem ganz außergewöhnlich schlechtem Zustande. Jahrzehntelange Vorstellungen sächsischerseits brachten es erst 1840 zuwege, daß man österreichischerseits das Stück von Reichenberg bis zur Grenze 1846 erbaut hatte. Sachsen hatte seinen Abschnitt bereits 1843 unter Einsatz von notleidenden arbeitslosen Webern erstellt.

Endlich führt Dr. Beyer der Vollständigkeit halber noch die Holzstraßen an, so die von Bautzen nach Muskau oder Rothenburg oder Löbau führen und vor allem der Anfuhr von Brenn- und Bauholz aus den waldreichen Gegenden um die letztgenannten Ortschaften dienten.

Zusammenfassend stellt zum Schluß seiner aufschlußreichen Arbeit unser Gewährsmann fest, daß die südöstliche Oberlausitz einschlägig infolge ihrer besonderen geographischen und wirtschaftlichen Lage häufig eine von den übrigen Landesteilen abweichende Entwicklung aufzuweisen hat. Hauptsächlich wurde diese Sonderstellung durch die ausgeprägte Randlage bestimmt, die das Zittauer Gebiet infolge des eigenartigen Verlaufs der politischen Grenze einnahm.

Auch im Hinblick auf ihre natürliche Verkehrslage zeigt die südöstliche Oberlausitz beträchtliche Unterschiede gegenüber den nördlichen Landesteilen. Schon die Tatsache, daß diese Gegend keinen Anteil an der ost-westlichen Hauptverkehrsstraße des Landes hatte, von der die nördlichen Gebiete unmittelbar Nutzen zogen, mußte ihr eine gewisse, nicht gerade vorteilhafte Ausnahmestellung verschaffen. Dazu kam noch, daß der Ersatz, den früher die über Zittau führende nord-südliche Durchgangsstraße gewährleistet hatte, nicht mehr in der alten Bedeutung vorhanden war. Denn diese nur durch einen kleinen Teil Sachsens führende Straße wurde vom ausländischen Durchgangsverkehr um so unbedenklicher umgangen, als sie nicht, wie die west-östliche Hauptstraße, über so bedeutende Städte wie Dresden oder Leipzig führte, die ja vom Landstraßen- und Eisenbahnverkehr einfach nicht abseits liegen gelassen werden konnten. Es muß anerkannt werden, daß die sächsische Regierung immer bemüht war, dieser wirtschaftlich wichtigen Gegend wieder Anschluß an die großen Verkehrsbahnen zu verschaffen. Allerdings ist dabei im Hinblick auf den Straßenbau festzustellen, daß die Hilfsmaßnahmen häufig zu spät und zu langsam ins Werk gesetzt wurden. Der gesamten sächsischen Oberlausitz vor allem aber dem Zittauer Gebiet, kam nach Dr. Beyer in der von ihm behandelten Zeit bei weitem nicht mehr die bedeutende Stellung im Verkehrswesen Mitteleuropas zu, die ihr in früheren Zeiten, — allerdings unter ganz anderen politischen und verkehrstechnischen Voraussetzungen — zukam.

Lst.

Bücher und Zeitschriften

Die Toten mahnen. Nie wieder Krieg. Von Franz Künstler, M. d. R. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Leider sind nach dem Abschluß des grauenvollen Völkermordens die Gefahrenherde und Gefahrenzonen nicht geringer geworden als vorher. Ein zerstückeltes, buntscheckiges Europa, in wirtschaftlichen und nationalen Interessenkonflikten ständig schwebend, droht der Schauplatz blutiger Kämpfe zu werden. Und da begehen die Nationalsozialisten den ungeheuerlichen Frevel und schreien sich heiser nach einem neuen Weltkrieg, dessen Opfer vor allem die Bewohner der Heimat, Greise, Frauen, Kinder sein werden. Gen. Künstler weist an der Hand des offiziellen Werkes „Der Weltkrieg“ nach, daß der Krieg für Deutschland nicht durch den berüchtigten „Dolchstoß“ in den Rücken des Frontheeres, sondern durch die Fehler der obersten Führer verloren ging. Mit scharfen Strichen zeichnet Künstler den Militarismus und Marinismus der Sowjet-Union, die in allen Ländern Spione zur Entflammung eines Bürgerkriegsbrandes unterhält. Die Bürgerkriegsideologie der Kommunisten bahnte den faschistischen Treibereien den Weg. Angesichts der Hetzereien der Bürgerkriegsstrategen auf der rechten und linken Seite erhebt Künstler den durchdringenden Mahnruf: Nie wieder Krieg! Die Sozialdemokratie will den Frieden.

„Handwerks-Hochschule“. Bereits in einem früheren „Steinarbeiter“ haben wir auf die Heftlieferung dieses Werkes für Handwerker und Gewerbetreibende hingewiesen. Nunmehr liegen die Hefte von 9 bis 16 vor, sie rechtfertigen unsere frühere Empfehlung. Die vorliegenden Hefte behandeln: Die Auftragsbeschaffung und Verkauf, die handwerkliche Büroorganisation, geben ferner Belehrung über die verzwickten Fragen der Lehrlingsausbildung sowie der Gesellen- und Meisterprüfung. Weiter erfährt man alles Notwendige über die Handwerkszeuge und die für das Handwerk wichtigsten Kraftmaschinen. Vielleicht für die Praxis am wertvollsten dürften die Themen der rechtswissenschaftlichen Abteilung sein, in der die freiwillige Gerichtsbarkeit und das Grundbuchwesen durchgenommen werden. Angesichts dieser Belehrungen sind die Anschaffungskosten von noch nicht einmal 80 Pfennig pro Woche gering. Handwerker oder Gewerbetreibende, die nach diesem Werk arbeiten, werden schon in kürzester Zeit dauernden Nutzen daraus ziehen.

Der Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin W. 10, Genthiner Str. 42, verschickt gegen Voreinsendung der Portokosten von 30 Pfennig den ausführlichen Prospekt „Hw. 3“ sowie eine interessante und ausführliche Probesendung ganz kostenlos.

Im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, erscheint Heft 3 der „Sozialdemokratischen Lehr- und Lesebücher“: **„Marx-Engels und der kapitalistische Staat“**, herausgegeben und eingeleitet von J. P. Mayer. Die Staatsauffassung von Marx und Engels wird durch treffend ausgewählte Abschnitte aus ihren Schriften in fortschreitender Entwicklung dargestellt. Von der „Revue der neuen Rheinischen Zeitung“ (1850) bis zu Engels „politischem Testament“ von 1895 zeigt sich dem Leser die umfassende Weitsicht und Tiefe der marxistischen Staats- und Geschichtsauffassung. Kurze erläuternde Einleitungen des Herausgebers erleichtern das Verständnis der Texte. Das 48 Seiten starke Bändchen kostet nur 50 Pfennig. Mit dem vorausgegangenen Heft der Sammlung: „Marx-Engels und der kapitalistische Staat“ (1844—1850) geben beide Bändchen eine wissenschaftlich sorgfältig fundierte und doch durchaus volkstümliche Darstellung der klassischen Staatslehre des wissenschaftlichen Sozialismus.

Jung sein, heißt: Mit starken Händen fest das schwerste Schicksal packen
Jung sein, heißt: Die Welt zu heben aus den Angeln, wenn sie rosten

Der Jugend

Fülle die Jugend mit würdigem Stoff, und in froher Begeisterung
lehre sie glühn. Die Kritik kommt mit den Jahren von selbst.

Ihr Jungen trotzt auch der Zeit!

Ich hab' zwei alte Leute gefragt:
Wird's nicht bald besser werden?
Was meint ihr, was sie mir gesagt?

*

„Wir schaffen's trotz Beschwerden,
Ein jedes Ding braucht seine Zeit,
Dann wirkt es sich zum Guten,
Die Not hat auch nicht Ewigkeit,
An der wir heute bluten . . .
Wenn sich die Jugend wehrt, statt ruht,
Wie wir in früh'ren Zeiten,
Dann wird einst auch ihr Dasein gut,
Man muß es woll'n — erstreiten!"

*

Dann lachten diese beiden Leut'
Voll Zuversicht und Glauben.
Die Lehre draus: Trotzt auch der Zeit,
Laßt euch den Mut nicht rauben!

(Erich Fabian in der „Textilarbeiter-Jugend".)

„Unsere Jugend"

So lautet überschriftlich eine mit Zahlen und Tabellen belegtes Kapitel im Jahrbuch 1930 unseres Verbandsvorstandes. Wir entnehmen daraus die nachstehende Darstellung, die sicherlich nicht nur unsere jugendliche Kollegen interessieren wird:

Eine der wichtigsten von den vielen dem Verbande obliegenden Aufgaben ist die Wahrnehmung der Interessen der Lehrlinge und der jugendlichen Arbeiter.

Diese Aufgabe ist vielgestaltig, und verschiedene Fragen harren noch der Lösung. Unsere Bestrebungen, welche zunächst dahin gehen, die Regelung des Lehrverhältnisses durch den Tarifvertrag vorzunehmen, stoßen vielfach auf den Widerstand der Unternehmer. Wenn auch in verschiedenen Orten und Bezirken es gelungen ist, die Belange der Lehrlinge durch Tarifvertrag und Lehrlingsordnung zu regeln, so kann hierbei nur von Teilerfolgen die Rede sein. Außerdem erschöpft sich unsere Aufgabe nicht lediglich allein in der Schaffung von möglichst günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Jugendlichen und Lehrlinge, sondern wir wollen diese auch zu brauchbaren Facharbeitern und Gewerkschaftern erziehen. Hierbei Wandel zu schaffen, dazu bedarf es der Zusammenarbeit der Kollegen mit der Organisation und nicht zuletzt der Mitwirkung der Eltern und Erziehungsberechtigten der Lehrlinge.

Die zu Beginn des Berichtsjahres bereits vorhandene und durch das ganze Jahr anhaltende wirtschaftliche Depression hatte auch einen wesentlichen Rückgang der in der Steinindustrie sowie im Steinsetzgewerbe beschäftigten Lehrlinge und jugendlichen Hilfsarbeiter zur Folge. Nicht allein, daß die von uns im Bericht von 1927/28 gebrachten Zahlen höher liegen als die nachfolgenden, sondern auch gegenüber der von der Zeitschrift „Das deutsche Handwerksblatt", Heft Nr. 1 des 25. Jahrganges gebrachten Zahlen über die im Steinmetz- und Steinsetzgewerbe vorhandenen Lehrlinge zeigt eine merkliche Differenz. Genannte Zeitschrift berichtet für das Jahr 1929 von 2274 vorhandenen Lehrlingen im Steinmetz- und 3877 im Steinsetzgewerbe. Unsere Erhebung fußt auf dem Stande vom August 1930. Wenn auch zutrifft, daß durch die ganz besonders abnormen Verhältnisse in der Steinindustrie im Frühjahr 1930 bedeutend weniger in die Lehre traten als zur selben Zeit ausgelernt hatten, so liegen doch noch andere Ursache vor, welche die Differenz zwischen beiden Erhebungen erst verständlich machen.

Zunächst trägt die mangelhafte Berichterstattung verschiedener Zahlstellenverwaltungen einen Teil Schuld daran. Wie bei allen übrigen vom Verbandsvorstand ausgegebenen Fragebogen ein Teil nicht ausgefüllt und zurückgesandt wird, so haben auch in diesem Falle von den 784 Zahlstellen mit 63 293 Mitgliedern nur 704 mit 57 196 Kollegen berichtet.

Der größte Rückgang ist in den Pflaster- und Schotterindustrien sowie bei den jugendlichen Hilfsarbeitern zu verzeichnen und beträgt gegenüber 1927 60 Prozent. Bei ersteren lagen die Gründe in der schlechten Geschäftslage dieser Industrie, während der Rückgang der jugendlichen Hilfsarbeiter noch andere Ursachen hat. Es ist allgemin bekannt, daß die vom Hilfsarbeiter geleistete Arbeit vom Arbeitgeber als unproduktiv und daher als produktionsverteuernd gewertet wird, und demzufolge ist bei absteigender Konjunktur und den hierbei vorzunehmenden Sparmaßnahmen die Ausmerzung der Hilfsarbeiter das Nächstliegende.

Aber nicht allein bei Einschränkung der Betriebe ist die Entlassung der Hilfsarbeiter das erste. In den letzten Jahren, welche im Zeichen der Nationalisierung standen, konnte man beobachten, daß hierbei auf größtmöglichste Ausschaltung von Hilfsarbeitern besonderer Bedacht gelegt wurde.

Außerdem machte die andauernde schlechte Wirtschaftslage frühere, insbesondere in den Bruchgebieten jahrzehntelang bestehende Gepflogenheiten zunichte. Der jugendliche Arbeiter, meistens aus der Landwirtschaft kommend, fand dort zunächst Beschäftigung als Hilfsarbeiter, um später Pflastersteinmacher, Brecher usw. zu lernen. Durch das Vorhandensein freier Arbeitskräfte in allen Kategorien könnte von Einstellung anzulernender Arbeitkräfte Abstand genommen werden. Endlich sei noch erwähnt, daß bei vorzunehmenden Entlassungen in der Regel die jugendlichen Hilfsarbeiter zuerst zur Entlassung gelangen.

Aus diesen Gründen ergibt sich, daß die Arbeitsmöglichkeit für jugendliche Hilfsarbeiter immer geringer wurde.

Im Bereiche der berichtenden Zahlstellen waren insgesamt 4850 Lehrlinge und Jugendliche beschäftigt. Ihre Verteilung auf die einzelnen Berufsgruppen und Gaue zeigt nachfolgende Tabelle:

im Gau	Bildhauer	Steinmetzen	Steinsetzer	Pflastersteinmacher	Schleifer	Sonstige Lehrlinge	Hilfsarbeiter
1 . . .	1	130	544	1	—	—	22
2 . . .	10	135	322	85	1	1	46
3 . . .	23	185	320	26	4	1	85
4 . . .	6	72	245	26	—	—	24
5 . . .	2	1—92	105	46	30	12	59
6 . . .	4	1—60	13	88	7	15	107
7 . . .	3	316	39	70	43	11	83
8 . . .	7	124	33	—	2	3	81
9 . . .	—	56	50	27	19	8	56
10 . . .	4	51	85	7	4	—	98
11 . . .	—	66	278	—	13	—	58
Zusammen	60	1487	2034	376	123	51	719

Lehrverträge haben

im Gau	Bildhauer		Steinmetzen		Steinsetzer		Pflastersteinmacher		Schleifer		Sonstige Lehrlinge	
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
1	1	—	130	—	544	—	—	1	—	—	—	—
2	10	—	122	13	320	2	7	78	1	—	1	—
3	23	—	178	7	315	5	24	2	1	3	1	—
4	6	—	61	11	243	2	8	18	—	—	—	—
5	2	—	120	72	64	41	—	46	7	23	12	—
6	4	—	82	78	5	8	18	70	—	7	10	5
7	1	2	210	106	35	4	10	60	33	10	11	—
8	7	—	124	—	33	—	—	—	—	2	—	3
9	—	—	50	6	46	4	—	27	1	18	8	—
10	4	—	51	—	85	—	—	7	—	4	—	—
11	—	—	51	15	185	93	—	—	6	7	—	—
Zus.	58	2	1179	308	1875	159	67	309	49	74	43	8

Die Lehrzeit beträgt bei

im Gau	Bildhau. 3 Jahre	Bildhau. 4 Jahre	Steinmetzen 3 Jahre	Steinmetzen 3½ Jahre	Steinmetzen 4 Jahre	Steinsetzern 3 Jahre	Steinsetzern 3½ Jahre	Steinsetzern 4 Jahre	Pflastersteinmachern 1 Jahr	Pflastersteinmachern 2 Jahre	Pflastersteinmachern 3 Jahre	Schleifern 1 Jahr	Schleifern 2 Jahre	Schleifern 3 Jahre	Sonst. Lehrlinge 2 Jahre	Sonst. Lehrlinge 3 Jahre
1	—	1	19	27	84	248	256	40	1	—	—	—	—	—	—	—
2	—	10	67	7	61	62	154	106	—	85	—	—	—	1	1	—
3	8	15	185	—	—	12	285	23	—	26	—	—	4	—	1	—
4	—	6	43	4	25	64	143	38	3	23	—	—	—	—	—	—
5	—	2	100	77	15	105	—	—	11	35	—	—	—	30	12	—
6	2	2	125	35	—	13	—	—	60	28	—	—	5	2	4	11
7	2	1	250	60	6	9	25	5	15	35	20	—	31	12	—	11
8	3	4	118	6	—	33	—	—	—	—	—	—	2	—	—	3
9	—	—	55	1	—	44	6	—	15	12	—	—	8	11	8	—
10	—	4	43	—	8	61	24	19	7	—	—	2	2	—	—	—
11	—	—	32	12	22	235	24	—	—	—	—	—	2	11	—	—
	15	45	1037	229	221	886	917	231	112	244	20	2	54	67	25	25

Wöchentliche Arbeitszeit der Lehrlinge

Stunden	1. Gau	2. Gau	3. Gau	4 Gau	5. Gau	6. Gau	7. Gau	8. Gau	9. Gau	10. Gau	11. Gau
40	—	—	—	6	—	14	—	—	—	9	—
45	120	22	—	—	3	—	—	—	14	—	11
46	—	—	84	6	—	—	—	60	—	—	36
48	569	578	560	361	441	380	530	190	202	240	368
52	—	—	—	—	—	—	35	—	—	—	—
60	9	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—

Die Tabelle über die Dauer der Lehrzeit zeigt, daß diese in den meisten Fällen 3 Jahre beträgt, daß aber auch Lehrzeiten mit 3½- und 4jähriger Dauer bestehen. Die Notwendigkeit zu solch langen Lehrzeiten liegt keineswegs vor und muß daher den von den Lehrherren dahingehenden Bestrebungen ganz entschieden entgegengetreten werden.

Eine sachliche Begründung der Verlängerung der Lehrzeit dürfte kaum gebracht werden können, da in den letzten Jahren weder im Steinmetz- noch im Steinsetzgewerbe technische Veränderungen eingetreten sind, die eine längere Lehrzeit rechtfertigten. Das leitende Motiv der Unternehmer ist hierbei nur die Erlangung billiger Arbeitskräfte.

Die Arbeitszeit für 4419 Lehrlinge ist die für den Betrieb geltende und beträgt 48 Stunden wöchentlich.

Außerdem haben 186 Lehrlinge eine 46stündige und 170 eine 45stündige Wochenarbeitszeit. Die kürzeste Arbeitszeit haben 29 Lehrlinge, und zwar 40 Stunden in der Woche. Länger als 48 Stunden arbeiten 46 Lehrlinge, davon 35 je 52 Stunden und 11 je 60 Stunden wöchentlich.

Zahlenmäßig wird dann festgestellt, daß die Beaufsichtigung der Hälfte der Lehrlinge bei der Berufsarbeit dazu besonders bestimmten Personen obliegt, während der übrige Teil nur „nebenbei" angelernt wird. Soweit bei letzteren die Entlohnung der übrigen Arbeiten des Betriebes im Zeitlohn erfolgt, mag für eine fachgemäße Ausbildung noch Gewähr gegeben sein. Ist jedoch Akkordarbeit betriebsüblich und mit der Betreuung der Lehrlinge niemand besonders betraut, so kann von einem geregelten Lohnverhältnis nicht gesprochen werden. Außerdem kommt sehr oft vor, daß Lehrlinge die erforderlichen Hilfsarbeiten verrichten müssen.

Ein besonderes Kapitel bildet die Ferienfrage. Aus zwei Tabellen (von deren Abdruck wir wegen Raummangels Abstand nehmen. Red.), ist ersichtlich, in welchem Umfange im Berichtsjahre Anspruch auf Erholungszeit geltend gemacht werden konnte. Dabei ergibt sich, daß nur dort ein rechtlicher Anspruch auf Urlaub besteht, wo die Belange der Lehrlinge und Jugendlichen durch den Verband tariflich geregelt sind. Schon aus diesem Zusammenhang müssen die Eltern und Erziehungsberechtigten der Jugendlichen, wenn sie für diese ein sozial geregeltes Lehrverhältnis erstreben, für die Stärkung unserer Organisation wirken. Die Dauer der Ferien ist allgemein dieselbe wie die der übrigen Betriebsangehörigen und beträgt größtenteils 3 bis 6 Tage. Nur 36 Lehrlinge können 9 bzw. 12 Tage im Jahre beanspruchen.

Die Grundlage zur Entlohnung bildet

im Gau	Bildhauer Lohnvertrag	Bildhauer Tarifvertrag	Steinmetzen Lohnvertrag	Steinmetzen Tarifvertrag	Steinsetzer Lohnvertrag	Steinsetzer Tarifvertrag	Pflasterer u. Schotterer Lohnvertrag	Pflasterer u. Schotterer Tarifvertrag	Schleifer Lohnvertrag	Schleifer Tarifvertrag	Sonstige Lohnvertrag	Sonstige Tarifvertrag
1	1	—	128	2	539	5	1	—	—	—	—	—
2	10	—	75	60	62	260	85	—	1	—	1	—
3	15	8	80	105	210	110	26	—	4	—	1	—
4	6	—	66	6	220	25	—	26	—	—	—	—
5	2	—	192	—	105	—	46	—	30	—	12	—
6	4	—	140	20	13	—	50	38	7	—	15	—
7	3	—	166	150	39	—	47	23	43	—	11	—
8	7	—	124	—	33	—	—	—	2	—	3	—
9	—	—	50	6	43	4	10	17	19	—	8	—
10	4	—	—	51	85	—	7	—	4	—	—	—
11	—	—	60	6	240	38	—	—	13	—	—	—
Zus.	52	—	1081	402	1592	442	272	104	123	—	51	—

Das Arbeitsentgelt in Mark beträgt für

im Gau	Bildhauerlehrlinge im 1. Jahre	im 2. Jahre	im 3. Jahre	im 4. Jahre	Steinmetzlehrlinge im 1. Jahre	im 2. Jahre	im 3. Jahre	im 4. Jahre	Steinsetzerlehrlinge im 1. Jahre	im 2. Jahre	im 3. Jahre	im 4. Jahre	Pflaster- u. Schott. lehrlinge im 1. Jahre	im 2. Jahre	Schleiferlehrlinge im 1. Jahre	im 2. Jahre	im 3. Jahre	Sonstige Lehrlinge im 1. Jahre	im 2. Jahre	im 3. Jahre
1	6	8	10	12	7.50	10	15	24	10	15	20	36	12	15	—	—	—	—	—	—
2	4	6	8	10	8	12	13.50	15	9	12	15	18	10	Akkord	6	9	12	7	9	12
3	5	8	12	15	9	12	18	—	10	12	15	20	10		7	10	15	8	12	16
4	6	7.50	9	12	9	12	15	20	10	15	20	25	9.60		—	—	—	—	—	—
5	6	9	11	13	9	10.50	13	16	12	15	18	27	12	15	9	14	16	10	13	18
6	6	9	12	15	7	9	13	18	12	15	18	24	9	12	6	9	12	7	9	13
7	3	6	9	12	6	8	12	15	9	12	15	18	7	10	5	7	10	6	8	10
8	5	7	9	12	7	9	12	15	10	13	16	20	—	—	6	8	12	7	9	13
9	—	—	—	—	8	10	13	16	12	15	18	24	9.60	15	7	10	15	6	9	12
10	6	9	11	14	7	9	12	18	10	13	16	20	9.60	15	6	9	12	7	10	13
11	—	—	—	—	10	13	15	20	12	15	18	23	—	—	8	12	15	8	12	15

Die vorstehende Tabelle gibt Aufschluß über die Entlohnung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge. Die Regelung ist zum überwiegenden Teil durch Tarifvertrag oder Lehrlingsordnung, zum Teil aber auch durch die Lehrverträge vorgenommen. Akkordarbeit ist in einigen Bezirken für das letzte Lehrjahr zugelassen. Dabei wird nach dem Tariflohn abzüglich eines Prozentsatzes entlohnt.

In der Pflasterstein- und Schotterindustrie beträgt die Lehrzeit 3 Monate bis zu 2 Jahren, je nach Art und Beschaffenheit des Gesteins. Die Entschädigung erfolgt hierbei zunächst im Zeitlohn, um nach einer bestimmten Zeit zur Akkordentlohnung überzugehen. Die Verschiedenartigkeit der Natursteinindustrie und die dabei bestehenden Lohnunterschiede färben auch auf die Entlohnung der Lehrlinge ab. Eine Ausnahme bildet die Entlohnung der jugendlichen Hilfsarbeiter.

Trotz der Verschiedenartigkeit der Lebensbedingungen in den einzelnen Landesteilen sind die Löhne letztgenannter Gruppe ziemlich einheitlich. Die Bezahlung des Fortbildungsschulbesuches ist dort, wo die Entschädigung nach festen Wochensätzen erfolgt, rechtsverbindlich, während bei Entlohnung nach geleisteten Arbeitsstunden oder Akkord eine tarifliche Bestimmung Voraussetzung für einen Rechtsanspruch ist. Letztgenannte Voraussetzung ist allerdings vielfach nicht vorhanden. so daß es erklärlich ist, daß bereits ein Drittel unserer Jugendlichen die Zeit des Fortbildungsschulbesuches nicht bezahlt bekommt.

Die Entlohnung der jugendlichen Hilfsarbeiter beträgt in Pfennigen pro Stunde

im Alter von Jahren	1. Gau	2. Gau	3. Gau	4. Gau	5. Gau	6. Gau	7. Gau	8. Gau	9. Gau	10. Gau	11. Gau
14—15	45	40	36	40	35	40	30	35	40	42	46
15—16	50	45	40	50	48	45	33	40	43	45	50
16—17	60	48	48	60	64	50	40	45	48	50	55
17—19	80	53	54	68	80	60	45	52	50	55	60

Jugendabteilungen sind vorhanden.

	1. Gau	2. Gau	3. Gau	4 Gau	5 Gau	6. Gau	7. Gau	8. Gau	9. Gau	10 Gau	11. Gau
Abteilungen	5	8	4	3	3	1	3	1	1	4	6
Mitglieder	148	170	90	35	55	16	46	17	13	47	98

Zusammenfassend zeigt die Erhebung, daß das Jahr 1930 mit seinem wirtschaftlichen Tiefstand auch die Lehrlinge in der Steinindustrie sowie im Steinsetzgewerbe stark in Mitleidenschaft gezogen hat.

Aus diesem Grunde ist der Rückgang der Beschäftigten erklärlich. Am wenigsten befriedigend ist die Zahl und Größe der im Verbande bestehenden Jugendabteilungen. Selbst wenn man neben obengenannten Gründen noch berücksichtigt daß die in der Natursteinindustrie beschäftigten Jugendlichen vielfach in kleinen Orten und ebensolchen Betrieben vereinzelt vorhanden sind und deshalb eine organisatorische Zusammenfassung schwer möglich ist, ist dennoch die Zahl als zu gering zu bezeichnen. Es ist auch nicht unbekannt, daß die Jugend vielfach lieber anderen Dingen huldigt als gewerkschaftlicher Arbeit. Insbesondere ist es die Sportbewegung, in welcher ein großer Teil der Jungkollegen ganz aufgeht. Bei aller Anerkennung der sporttreibenden Kollegen müssen wir dennoch ganz besonders bei jeder Gelegenheit diese Kreise an ihre gewerkschaftlichen Pflichten erinnern. Hierbei gehen wir mit der Leitung der für die Arbeiter in Frage kommenden Sportorganisation konform, welche weiß, daß die Gewerkschaftsbewegung es war, die die Voraussetzungen für die Teilnahme der Jugendlichen am Sport erst geschaffen hat.

Jugend braucht Urlaub

Das Landesjugendamt der Rheinprovinz hat in einer Denkschrift die Größe des Erholungsbedürfnisses der Jugend geschätzt. Es ist dabei der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege zufolge zu dem Ergebnis gekommen, daß von den Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren 10 Prozent nach ärztlichem Gutachten eine ausgesprochene Heilkur nötig haben. Weitere 20 Prozent brauchen eine zweckmäßige Erholungspflege unter ärztlicher Aufsicht. Zu diesem gleichen Ergebnis kam Dr. H. Huske, Berlin, bei seinen Untersuchungen von kaufmännischen Lehrlingen im zweiten Berufsschuljahr. Diese Zahlen gleichen denen, die der Geschäftsführer des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände errechnet hat.

Demgegenüber stellt Dr. Mewes fest, daß 15,5 Prozent der Jugendlichen nur bis zu 3 Tagen Urlaub haben, 7,8 Prozent haben 4 bis 5 Tage und 38,1 Prozent haben 6 bis 8 Tage Urlaub. Einen längeren Urlaub haben nur 15,5 Prozent. In 14,7 Prozent der untersuchten Fälle wird aber keine Bezahlung während des Urlaubs gewährt, so daß auch diese Jugendlichen praktisch oft auf den Urlaub verzichten müssen.

Wenn man mit diesen Verhältnissen die Erfolge vergleicht, die der richtig verwandte Urlaub nach neuen Untersuchungen dem jungen Menschen bringt, dann ist es menschenökonomisch betrachtet unbegreiflich, daß der Jugend der Urlaub in dieser Weise vorenthalten wird. Es ist eben im kapitalistischen Wirtschaftssystem etwas anderes bestimmend als die Oekonomie des Menschen.

Jugend und Religion

Die Konfessionen klagen über die religiöse Indifferenz der Jugend. Die konfessionelle Jugendbewegung sei nicht mehr so stark wie früher. Aber die Zahlen, die hierüber gebracht werden, zeigen, daß doch noch ein großer Teil der Jugend der konfessionellen Jugendbewegung angehört.

Nach einer konfessionellen Statistik sind zur Zeit im Reichsdurchschnitt 27,6 Prozent der katholischen männlichen Jugend von 15 bis 25 Jahren im katholischen Jungmännerverband, bei den Mädchen ist der Prozentsatz noch höher In manchen Bezirken ist der Prozentsatz besonders stark. So sind z. B. in der industriellen Rheinpfalz 45,6 Prozent der katholischen jungen Menschen in der katholischen Jugendbewegung organisiert.

Es ist eine völlige Verkennung der Seele des Volkes, wenn man von den anderen, die einer bewußten Jugendbewegung mit idealistisch-wirtschaftlichen Zielen angehören, als von Menschen spricht, die „eine gewisse Schwäche und Erschlaffung des Willens" beweisen, wie es jetzt in den „Stimmen der Zeit" zum Ausdruck gebracht worden ist. Im Gegenteil, hier tritt der Wille zum Guten besonders fest und klar und erfreulich in die Erscheinung.

Was uns diese Zahlen aber zeigen, das ist die Notwendigkeit eines lebendigen Idealismus in der Jugendarbeit Je mehr wir in der gewerkschaftlichen Jugend diese Seele des Volkes erfassen, um so mehr werden wir auch aus der konfessionell eingestellten Jugend die zu uns bringen, die ihre wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten betrachten unter einer sittlichen Idee und vom Standpunkte der göttlichen Gerechtigkeit Wir können den Phrasen von den „materialistischen Volksführern" nicht besser begegnen, als dadurch, daß wir die Tat, die Gestaltung, den Kampf hinstellen als die Erfüllung jedes sittlichen und göttlichen Gedankens.

Gute Bücher

„Handwerksgesellen und Lehrlinge im Mittelalter" von Alexander Knoll. 2. Auflage 1931 Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, Inselstraße 6a. Preis 1,20 Mk., Organisationspreis 90 Pfg. 143 Seiten.

Auf gedrängtestem Raume gibt Knoll in seiner Schrift eine klare und fesselnde Darstellung von der Entstehung, dem Wesen und Wirken, sowie dem schließlichen Niedergang der ehemaligen Zunftorganisationen. Mit warmem Herzen und verständnisvoller Teilnahme, jedoch ohne jede Sentimentalität, schildert Knoll die Kämpfe der ehemaligen Zunftgesellen. Kritisch und ohne jede romantische Schwärmerei untersucht er die Ursachen dieser Kämpfe und zeigt so an verschiedenen Beispielen, daß in nicht ganz seltenen Fällen diese Kämpfe nicht im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts von den Gesellen geführt wurden, sondern oft genug zur Aufrechterhaltung veralteter Institutionen und überlebter Vorrechte, daß mithin die Gesellen — nach unseren heutigen Auffassungen — also in der falschen Front gefochten haben.

Ebenso bringt Knoll in der Schrift interessante und kulturgeschichtlich wichtige Dokumente des Lehrlingswesens, insbesondere des Lehrlingsrechts. Auch die Lektüre dieser Kapitel dürfte dazu angetan sein, romantischen Schwärmereien, denen naturgemäß die Jugend am ehesten zuneigt, den Boden zu entziehen — zugleich aber das Verständnis des Lesers für die Zeitbedingtheit der Zustände, die der Verfasser schildert, zu erwecken. Und das ist ja wohl Sinn und Zweck aller Geschichtsschreibung.